

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Gebhard Schweigler
Europa, Amerika
und die Entspannung

Stanley Hoffmann
Kernwaffen und NATO
Zwischen Einsicht und Vernunft

ISSN 0479-611 X

B 28/82

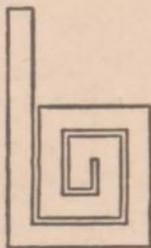
17. Juli 1982

Gebhard Schweigler, Ph. D. (Harvard), geb. 1943, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen.

Veröffentlichungen u. a.: Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR, 1973 (National Consciousness in Divided Germany, 1975); International Studies in the Federal Republic of Germany, 1975; Politikwissenschaft und Außenpolitik in den USA, 1977; Von Kissinger zu Carter. Entspannung im Widerstreit von Innen- und Außenpolitik 1969—1981, 1982.

Stanley Hoffmann, Prof. an der Harvard University und Leiter des dortigen Center for European Studies.

Veröffentlichungen u. a.: Gulliver's Trouble, Primacy or World Order, American Foreign Policy since the Cold War.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Europa, Amerika und die Entspannung

I. Spannungen um die Entspannung

Die Spannungen zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten von Amerika um die Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion haben spätestens seit Amtsantritt Präsident Reagans in einem Ausmaß zugenommen, daß Befürchtungen über eine tiefgreifende Krise in den transatlantischen Beziehungen täglich neue Nahrung gewinnen. Während Washington ein Festhalten an der Entspannung als einen unangebrachten Ausdruck politischer Nostalgie bezeichnet, bemüht man sich diesseits des Atlantik, der westlichen Führungsmacht zu verdeutlichen, daß es realistischere keine Alternative zur Entspannung gäbe. Entsprechend widersprüchliche Maßnahmen gegenüber der Sowjetunion — hier etwa die Unterzeichnung des Erdgas-Röhren-Geschäftes, dort ein weitreichendes Verbot jeglicher amerikanischer Beteiligung an diesem Geschäft — tragen zum Eindruck eines — auch in anderen Bereichen — tief zerstrittenen Bündnisses bei (wobei die gelegentliche Verknüpfung verschiedener Problembereiche z. T. die Beziehungen noch zusätzlich belastet¹⁾, z. T. aber auch Kompromißmöglichkeiten schafft). Auch die Ergebnisse großer Gipfelkonferenzen können diesen Eindruck kaum verwischen.

Dieser Eindruck bedarf allerdings, vor allem hinsichtlich der Auseinandersetzungen um die Entspannungspolitik, einer gewissen Diffe-

renzung. Die Fronten widersprüchlicher Ansichten verlaufen keineswegs nur quer durch den Atlantik, sondern ebenso stark zwischen den einzelnen Ländern Europas, zwischen Regierungen und Opposition in allen betroffenen Ländern und schließlich — vor allem in den USA — innerhalb der Regierungen selbst²⁾. Ausgetragen werden diese Auseinandersetzungen nicht nur auf den jeweiligen politischen Ebenen — wobei sich beobachten läßt, daß deren Bedeutung öffentlich desto mehr heruntergespielt wird, je höher die Ebene ist³⁾ —, sondern vorwiegend durch inoffizielle Stellungnahmen oder nicht autorisierte Veröffentlichungen, bereitwillig publiziert von den Massenmedien, mit einer entsprechenden Beeinflussung der öffentlichen Meinung als Ziel. Dabei ergeben sich mannigfaltige Querbezüge, insbesondere dann, wenn innenpolitische Auseinandersetzungen mit Hilfe allianz- und entspannungspolitischer Stellungnahmen geführt werden. Dies alles trägt dazu bei, daß das Bild europäisch-amerikanischer Differenzen letztlich wieder verwirrend wirkt und eindeutige Aussagen über unterschiedliche Ansätze der Entspannungspolitik kaum zuzulassen scheint.

Das verwirrende Bild europäisch-amerikanischer Differenzen gewinnt allerdings dann schärfere Konturen, wenn man den Blick auf

¹⁾ Einen Problembereich von großer Bedeutung stellen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und den USA dar, die z. T. durch Auseinandersetzungen um Exportsubventionen (etwa für europäische Agrarprodukte), um Dumpingpraktiken (so beim Verkauf europäischer Stahlerzeugnisse in den USA) und um die Erhaltung geordneter Währungsrelationen gekennzeichnet sind. Auch binnenwirtschaftliche Maßnahmen mit außenwirtschaftlichen Rückwirkungen sind umstritten (so hat z. B. Bundeskanzler Schmidt darauf hingewiesen, daß das hohe Zinsniveau in den USA die westdeutsche Wirtschaftsentwicklung so negativ beeinflusse, daß eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben — wie von den USA gefordert — unmöglich sei).

²⁾ Daß es allerdings auch innerhalb der Bundesregierung unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Entspannungspolitik gibt, verdeutlichte spätestens eine vom Spiegel am 17. Mai 1982 veröffentlichte Studie des Planungsstabes im Bundeskanzleramt unter dem Titel „Überlegungen zu einer außen-/gesellschaftspolitischen Kontroverse“, in der eingangs festgestellt wurde: „Es ist aus sachlichen, wahlpolitischen und koalitionspolitischen Gründen sinnvoll und notwendig, in der außenpolitischen Diskussion der nächsten Zeit neue und kontroverse Akzente zu setzen.“

³⁾ So betonen z. B. der amerikanische Präsident und sein Außenminister immer wieder, die amerikanisch-europäischen Beziehungen seien nie besser gewesen als in der Zeit seit ihrem Amtsantritt.

jenes Land konzentriert, das im Brennpunkt der Auseinandersetzungen steht: die Bundesrepublik Deutschland. Sie ist entstanden als Auswirkung des Kalten Krieges nach einem von Deutschland verschuldeten Weltkrieg; und sie bemüht sich, durch die Entspannungspolitik ihre nationalen Probleme langfristig zu lösen und einen Rückfall in einen Kalten Krieg zu verhindern. Dies verleiht ihr eine besondere Stellung in Europa und eine herausragende Bedeutung für die Beziehungen zwischen Ost und West. Es begründet auch die „special relationship“ zwischen den USA und der Bundesrepublik. Im Gegensatz zu dem besonderen Verhältnis, wie es etwa zwischen Großbritannien und den USA besteht, ist das Besondere am deutsch-amerikanischen Verhältnis nicht eine Jahrhunderte alte, oft bewährte und daher auch nicht in Frage gestellte Freundschaft, sondern eine komplexe Mischung aus Erwartungen und Befürchtungen (die im übrigen auch von den europäischen Nachbarn geteilt werden).

Die Befürchtungen konzentrieren sich auf den Verdacht, die Bundesrepublik könne im Interesse der Wiedervereinigung Deutschlands sich so weit der Sowjetunion annähern, daß sie aus dem westlichen Bündnis ausbrechen würde; damit aber wäre, so die weitere Sorge, eine der grundlegenden Voraussetzungen für stabile Verhältnisse in Europa nicht mehr gegeben. Die neue Ostpolitik der Bundesrepublik seit 1969 mußte sich von Anfang an gegen diesen Verdacht wehren⁴⁾. In Zusammenhang mit der Befürchtung, die Bundesrepublik wolle einmal mehr eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West betreiben, steht auch die Sorge, die Westdeutschen könnten sich — zumal unter dem Druck wirtschaftlicher und politischer Schwierigkeiten — in ihren grundsätzlichen Wertvorstellungen wieder so weit von denen des Westens absetzen, daß eine für die politische Stabilität notwendige Wertgemeinschaft nicht mehr gewährleistet wäre. Aus diesem Grund gilt entsprechenden Manifestationen

⁴⁾ So z. B. Henry Kissinger: „It seemed to me that Brandt's new Ostpolitik, which looked to many like a progressive policy of quest for détente, could in less scrupulous hands turn into a new form of classic German nationalism. From Bismarck to Rapallo it was the essence of Germany's nationalist foreign policy to maneuver freely between East and West.“ In: *White House Years*, Boston 1979, S. 409.

in der Bundesrepublik (bis hin zu Neutralismustendenzen und vermeintlich antiamerikanischen Neigungen) das besondere Interesse besorgter Beobachter⁵⁾. Es mag im übrigen auch erklären, warum in den Reden, die amerikanische Regierungsvertreter in der Bundesrepublik halten, dem Thema ‚gemeinsame demokratische Werte‘ so viel Raum eingeräumt wird.

Die Erwartungen, die von amerikanischer Seite an die Bundesrepublik gerichtet werden, gründen sich auf die Leistungen der USA beim Wiederaufbau der Bundesrepublik und der Erhaltung ihrer Sicherheit: man erwartet von ihr Dankbarkeit und Loyalität. Verstärkt werden diese Erwartungen durch den Umstand, daß die Bundesrepublik als die wirtschaftlich stärkste Macht in Europa am ehesten in der Lage scheint, amerikanische Bestrebungen etwa bei wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion zu unterstützen. Anders als Frankreich oder England kann sich die Bundesrepublik also nicht ohne größere Schwierigkeiten den amerikanischen Wünschen und Erwartungen entziehen. Gelegentlich hat die aus dieser Stimmungslage resultierende Notwendigkeit besonders enger Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik zu Vorschlägen für eine deutsch-amerikanische „Bigemonie“ geführt. Ansätze hierzu trugen jedoch zu Verstimmungen mit den europäischen Verbündeten der Bundesrepublik bei (insbesondere Frankreich scheint sorgsam darauf bedacht, die Stellung Bonns nicht zu stark werden zu lassen) und förderten Bemühungen, die gesamteuropäische Einbindung der Bundesrepublik zu stärken — Bemühungen, die mancherorts wiederum Vorstellungen von einem starken und von den USA unabhängigen Europa begünstigten.

Die Auseinandersetzungen zwischen den USA und Europa um die Entspannung konzen-

⁵⁾ Die Sorge dieser Beobachter über destabilisierende und bündnisfeindliche Tendenzen in der Bundesrepublik geht gelegentlich so weit, daß sie unverblümt auf die zwei Zweckbestimmungen der NATO bei ihrer Gründung hinweisen: neben der gemeinsamen Verteidigung gegen die Sowjetunion der gemeinsame Schutz vor Deutschland durch dessen Einbindung in das Bündnis. Dies kann dann auch als Argument gegen den Rückzug amerikanischer Truppen aus der Bundesrepublik angeführt werden.

trieren sich also auf die Bundesrepublik, nicht nur, weil diese den größten Beitrag leisten oder am meisten Gewinn einstreichen könnte, sondern weil damit zugleich auch die Auseinandersetzung um die politische Identität der Bundesrepublik geführt wird. Eine Analyse der Spannungen um die Entspannung muß daher zwangsläufig auf europäischer Seite die

Bundesrepublik in den Mittelpunkt stellen. Um zu verstehen, wie es zu den Auseinandersetzungen von heute gekommen ist und worum es dabei letztlich geht, ist es ferner unerlässlich, einen Blick zurück auf die Entwicklung der Entspannungspolitik zu werfen, wobei zugleich auch das leidige Definitionsproblem berücksichtigt werden kann⁶⁾.

II. Von der Eindämmung zur Entspannung

Seit Beginn des Kalten Krieges ist es das übertragende außenpolitische Ziel der Vereinigten Staaten gewesen, die Machtausdehnung der Sowjetunion einzudämmen. An diesem Ziel hat sich bis heute nichts geändert, wenn auch verschiedentlich neue Wege zum Erreichen dieses Zieles ge- und versucht wurden. Noch immer gründet sich die amerikanische Politik auf die Annahme, daß das internationale Vorgehen der Sowjetunion wie ein Strom sei, der jede Machtlücke ausfüllt, und daß der Druck dieses Stromes „gegen die freien Einrichtungen der westlichen Welt ... eingedämmt werden kann durch die geschickte und stets wachsame Anwendung von Gegendruck an einer Reihe von ständig wechselnden geographischen und politischen Punkten ...“⁷⁾ Die lange andauernde Wirksamkeit der Eindämmungsdoktrin beruht auf der Tatsache, daß sie einen

politischen Kompromiß darstellte zwischen Überlegungen auf der einen Seite, die USA sollten sich, mangels eigener Macht, nach der erfolgreichen Beendigung des Krieges international wieder zurückziehen, und Forderungen auf der anderen Seite, die USA müßten den neuen Feind Sowjetunion nunmehr aggressiver bekämpfen. Die Formel von der Eindämmung war so ein Kompromiß gegen einen Rückzug in den Isolationismus wie gegen einen Kreuzzug gegen die Sowjetunion. Auch wenn Kennan selbst später mit anderen Interpretationen und daraus abgeleiteten Maßnahmen nicht immer einverstanden war, in der außenpolitischen Praxis der USA bewahrheitete sich der Kompromißcharakter der Eindämmungsformel auch in der kältesten Zeit des Kalten Krieges; dies zeigte sich bei den Ereignissen 1953 und 1956, als die USA entgegen der rhetorisch verkündeten „roll-back“-Doktrin in der DDR und in Ungarn nicht eingriffen.

Die Eindämmung der Sowjetunion sollte zwei Ziele erreichen: eine Reduzierung der Macht Moskaus auf Grenzen, die eine Gefährdung des Friedens und der internationalen Stabilität nicht mehr erlauben würde, und eine Beeinflussung des internationalen Verhaltens der Sowjetunion im Sinne von Normen, wie sie zu dieser Zeit etwa in der Charta der UN niedergeschrieben wurden⁸⁾. Da es jedoch an Instrumenten mangelte, letzteres Ziel zu erreichen, und die vermeintliche sowjetische Bedrohung spätestens seit dem Ausbruch des Korea-Krieges im Sommer 1950 als überragendes Problem empfunden wurde, konzentrier-

⁶⁾ Wie vielfältig und z. T. widersprüchlich die Bestimmung dessen, was Entspannung ist, sein kann, belegen und beklagen fast alle jüngsten Veröffentlichungen zu diesem Thema. Auf deutscher Seite sind hierbei vor allem zu nennen: Wilfried von Bredow, Die Zukunft der Entspannung, Köln 1979; Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.), DGFK-Jahrbuch 1979/80. Zur Entspannungspolitik in Europa, Baden-Baden 1980; Josef Füllenbach und Eberhard Schulz (Hrsg.), Entspannung am Ende? Chancen und Risiken einer Politik des Modus vivendi, München 1980; Manfred Görtemaker, Die unheilige Allianz. Die Geschichte der Entspannungspolitik 1943—1979, München 1979; Werner Link, Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1980; Hans-Peter Schwarz und Boris Meissner, Entspannungspolitik in Ost und West, Köln 1979; Bernard Wilms, Politische Koexistenz. Zur Theorie des Ost-West-Konflikts, Paderborn 1982.

⁷⁾ So George Kennan als „X“ in dem klassischen Artikel über die Eindämmungsdoktrin, The Sources of Soviet Conduct, in: Foreign Affairs, Juli 1947, hier zitiert nach Thomas H. Etzold und John Lewis Gaddis, Containment. Documents on American Policy and Strategy, 1945-1950, New York 1978, S. 86f.

⁸⁾ Siehe hierzu das im August 1948 verabschiedete Papier des Nationalen Sicherheitsrates NSC 20, U. S. Objectives With Respect to Russia, in: Etzold/Gaddis, a. a. O. (Anm. 7), S. 176.

ten sich die Bemühungen Washingtons auf das Ziel der Machtreduzierung Moskaus. Zu diesem Zweck wurde wieder verstärkt aufgerüstet, Bündnissysteme wurden geschaffen, die ideologische Auseinandersetzung (auch nach innen, mit den fatalen Exzessen der McCarthy-Jahre) forciert und jeglicher Handel mit der Sowjetunion eingestellt⁹⁾.

Das im Zweiten Weltkrieg zerstörte Europa konnte sich der amerikanischen Eindämmungspolitik nicht entgegensetzen. Es wollte allerdings auch nicht, denn es war deren eigentlicher Nutznießer: Erst durch die Marshall-Plan-Hilfe und das von den USA geschaffene internationale Wirtschaftssystem konnte sich Westeuropa, unter dem Schutz der amerikanischen Sicherheitsgarantien, wieder erholen. Adenauer betonte den absoluten Vorrang der Westintegration der Bundesrepublik vor einer Wiedervereinigung Deutschlands und bestand darauf, daß eine Entspannung der Ost-West-Beziehungen erst erreicht werden könne, wenn die Deutsche Frage gelöst sei. Nicht zuletzt aus diesem Grund blieben vorsichtige Ansätze zu einer Entspannung in den fünfziger Jahren ohne Ergebnis¹⁰⁾.

Erst in den sechziger Jahren kam es zu einer Auflockerung der Ost-West-Beziehungen. Mehrere Faktoren waren dafür verantwortlich. So war nach der politischen und wirtschaftlichen Genesung das Gewicht Westeuropas in der Weltpolitik größer geworden und hatte Bedürfnisse nach mehr Eigenständigkeit geweckt. Das gaullistische Frankreich

⁹⁾ Die Überlegungen, die zu diesen Maßnahmen führten, waren niedergelegt in dem Papier des Nationalen Sicherheitsrates NSC 68, das im Frühjahr 1950 von Paul Nitze (dem damaligen Leiter des Planungsstabes im State Department und heutigen Chefunterhändler bei den INF-Verhandlungen in Genf) erarbeitet worden war. Dieses grundlegende, erst 1975 zur Veröffentlichung freigegebene Dokument ist abgedruckt in Etzold/Gaddis, a. a. O. Einen interessanten Hintergrundbericht liefert Samuel Wells, Jr., *Sounding the Tocsin: NSC 68 and the Soviet Threat*, in: *International Security*, Herbst 1979, S. 116—158.

¹⁰⁾ Das einzige, auch im Sinne der Eindämmung wichtige Ergebnis der ersten Entspannungsphase nach dem Tode Stalins 1953 war der Rückzug der Sowjetunion aus Österreich. In dem entsprechenden Staatsvertrag von 1955 mußte Österreich allerdings seine Neutralität erklären und auf jegliche Vereinigungsansprüche an Deutschland verzichten.

gab diesem Bedürfnis am stärksten Ausdruck, als es militärpolitisch aus dem Bündnis austrat und seine eigenen Abschreckungsfähigkeiten entwickelte. In der Bundesrepublik bahnte sich nach dem Ende der Adenauer-Ära ein innenpolitischer Wechsel an, der absehbar auch außenpolitische Konsequenzen haben würde; die starre Haltung gegen eine Entspannung ohne Vorleistungen wurde fallengelassen. Auf der anderen Seite war in den USA nach dem Schrecken der Kuba-Krise von 1962 die Überzeugung gereift, das Verhältnis zur Sowjetunion müsse zur Vermeidung zukünftiger Krisen entspannt werden; der fortdauernde Rüstungswettlauf schien ferner die Notwendigkeit von Rüstungskontrollvereinbarungen nahelegen. Beide Seiten hatten ein Interesse an dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ostblock entwickelt (wobei der Vorsprung der Westeuropäer in diesem Bereich die USA zum Nachziehen zwang). Folglich kam es Mitte der sechziger Jahre erstmals zu Rüstungskontrollvereinbarungen und zur Aufnahme sowjetisch-amerikanischer Handelsbeziehungen¹¹⁾. Die USA und Europa entwickelten Konzepte einer Entspannungspolitik, die darauf hinausliefen, zu den Ländern Osteuropas Brücken zu schlagen, um so allmählich eine Auflösung der Blockstrukturen zu erreichen, was (nach amerikanischer Sicht) die Eindämmung der Sowjetunion gefördert hätte, nach französischer Sicht zu einem „Europa der Vaterländer“ bis zum Ural führen sollte und (nach deutschen Vorstellungen) die Wiedervereinigung Deutschlands in einem gesamteuropäischen Rahmen ermöglichen könnte. Diese Überlegungen fanden im Dezember 1967 ihren Niederschlag in dem sogenannten Harmel-Bericht der NATO, in dem die zwei Funktionen der Allianz betont wurden: die Abschreckung von Aggression durch ausreichende militärische Stärke und politische Solidarität und die Entspannung als „Suche nach Fortschritten in Richtung auf dauerhafte Beziehungen, mit deren Hilfe die grundlegenden politischen Fragen gelöst werden

¹¹⁾ Bemerkenswerterweise bestand zwischen dem teilweisen Teststopp-Abkommen von 1963 und einer Lieferung größerer Mengen amerikanischen Getreides an die Sowjetunion ein direkter Zusammenhang; es könnte sich hierbei erstmals um die erfolgreiche Anwendung eines wirtschaftlichen Anreizes gehandelt haben.

können"¹²). Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung, so lautete die heute wieder viel zitierte Formel, stellen keinen Widerspruch, sondern eine Ergänzung dar.

Die Suche nach Entspannung wurde zunächst jedoch durch zwei Entwicklungen gebremst. Die Unterdrückung der tschechoslowakischen Reformbemühungen durch den Einmarsch sowjetischer Truppen im August 1968 zeigte, daß die Sowjetunion nicht bereit war, für sie gefährliche Liberalisierungs- und damit auch Blockauflösungstendenzen zu dulden. Und der zu dieser Zeit auf seinem Höhepunkt angelangte Krieg in Vietnam (der im übrigen wesentlich zu europäisch-amerikanischen Differenzen beitrug) machte den USA (wie man dort glaubte) deutlich, daß die Sowjetunion weit davon entfernt war, internationale Zurückhaltung zu üben. Der Krieg führte den Amerikanern allerdings auch vor Augen, daß die Eindämmung der Sowjetunion in peripheren Gebieten mit den militärischen Mitteln der USA nicht mehr möglich war.

Es lag an dem 1968 gewählten Präsidenten Nixon und seinem Sicherheitsberater Henry Kissinger, aus diesen Erkenntnissen die konzeptionellen Schlußfolgerungen für eine neue Entspannungspolitik zu ziehen. Die Zeit schien, gerade nach Prag und wegen Vietnam, reif für solche Bemühungen. Die jahrelange Aufrüstung beider Seiten, vor allem im strategischen Bereich, hatte ein Niveau erreicht, das man durch Rüstungskontrollvereinbarungen stabilisieren zu können glaubte (SALT-Verhandlungen waren bereits 1967 vereinbart worden). In Europa drängte die neugewählte sozialliberale Koalition in Bonn darauf, die westdeutschen Beziehungen mit dem Ostblock — vor allem aber mit der Sowjetunion und der DDR — zu normalisieren, um mit Hilfe dieser Normalisierung menschliche Erleichterungen erzielen zu können, die den Fortbestand eines nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls — und damit auf lange Sicht die Option einer Wiedervereinigung — si-

¹²) Als grundlegende politische Frage wurde die Deutschlandfrage bezeichnet, ohne deren Lösung „eine endgültige und stabile Regelung in Europa nicht möglich“ sei: „Jede derartige Regelung muß die unnatürlichen Schranken zwischen Ost- und Westeuropa beseitigen, die sich in der Teilung Deutschlands am deutlichsten und grausamsten offenbaren.“

chern sollten; eine vorteilhafte Beendigung der Nachkriegsentwicklungen (durch Festschreibung) schien hier greifbar. Im Fernen Osten hatte sich China ideologisch und politisch, z. T. auch gewaltsam, von der Sowjetunion losgesagt und war offen für Annäherungsversuche des Westens. Und der Handel lockte die Europäer ebenso wie die USA, die mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu tun hatten.

Kissingers Neuansatz für die Entspannungspolitik bestand darin, daß er den Krieg in Vietnam mit Hilfe der Sowjetunion „ehrenhaft“ zu Ende bringen wollte: durch eine Verknüpfung mit allen anderen Elementen in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Mit der Beendigung des Krieges in Vietnam aufgrund sowjetischer Hilfe würde es dann auch zu einem Ende des Kalten Krieges kommen; das Zeitalter der Entspannung — die von ihm so oft beschworene „Generation des Friedens“ — wäre geschaffen.

Kissingers Neuansatz stellte eine Politik der Eindämmung mit anderen Mitteln dar¹³). Auch er verfolgte die zwei überragenden Ziele amerikanischer Nachkriegspolitik: die Eindämmung, wenn nicht gar die Zurückdrängung des sowjetischen Einflusses und Herrschaftsbereiches und eine Veränderung des internationalen Verhaltens der Sowjetunion. Um ersteres Ziel zu erreichen, setzten Nixon und Kissinger alle ihnen zur Verfügung stehenden diplomatischen (gelegentlich auch, wie etwa in Chile, undiplomatischen) Mittel ein; auf diese Weise konnte z. B. das Ziel der „Eliminierung“ sowjetischen Einflusses im Nahen Osten erreicht werden. Das zweite Ziel, sowjetisches Wohlverhalten, sollte durch „linkage“-Politik erreicht werden, wobei Kissinger nicht nur konkretes Wohlverhalten mit konkreten Gegenleistungen belohnen wollte, sondern davon ausging, daß die Sowjetunion langfristig ein Eigeninteresse an der Fortsetzung stabiler Beziehungen — d. h. an der Beibehaltung der Entspannungspolitik — gewinnen und dadurch veranlaßt werden würde, ihr

¹³) Für eine interessante Darstellung der ursprünglichen Kritik Kissingers am Konzept der Eindämmung und seiner späteren Bekehrung zu eben dieser Doktrin siehe William G. Hyland, *Soviet-American Relations: A New Cold War?*, Santa Monica 1981, S. 21-33.

internationales Verhalten entsprechend anzupassen¹⁴⁾. Für Kissinger kam es darauf an, den Prozeß der Entspannung dadurch unumkehrbar zu machen, daß zwar Konflikte ausgetragen wurden, andererseits aber die Kooperation darunter nicht leiden sollte, so daß schließlich die Elemente der Kooperation die der konfliktgeladenen Auseinandersetzungen überwiegen würden¹⁵⁾. (Daß diese Vorstellung in einem gewissen Widerspruch zum „linkage“-Konzept stand, wurde erst später deutlich.) Voraussetzung für einen solchen Prozeß der Entspannung war allerdings, daß er über einen längeren Zeitraum ohne unangebrachte Belastungen auch innenpolitischer Art verfolgt werden konnte.

Kissingers Entspannungskonzept entsprach weitgehend europäischen Vorstellungen (auch wenn Kissinger hinsichtlich der der Ostpolitik zugrundeliegenden Motivationen eher skeptisch blieb). Die Verknüpfung amerikanischer Interessen mit den ostpolitischen Zielen der Bundesrepublik führte schließlich zu den Erfolgen der Entspannungspolitik der frühen siebziger Jahre. Höhepunkt war die sowjetisch-amerikanische Gipfelkonferenz in Moskau im Mai 1972. Dort wurde der erste Vertrag über die Begrenzung strategischer Waffen (SALT I) unterzeichnet, eine Prinzipienklärung

über die Grundsätze der Entspannungspolitik verabschiedet (in der sich beide Seiten Gleichberechtigung und Zurückhaltung zusicherten)¹⁶⁾ und eine Reihe von Kooperationsmaßnahmen vereinbart. Im Zusammenhang damit wurden die Ostverträge der Bundesrepublik ratifiziert, die zu menschlichen Erleichterungen im deutsch-deutschen Verhältnis (aber auch zu Ausreiseerleichterungen für deutschstämmige Polen, Rumänen und Russen) führten; das bereits zuvor ausgehandelte Viermächte-Abkommen über Berlin regelte Fragen des Transitverkehrs und der Vertretung Berlins durch den Bund, die Besuchsmöglichkeiten für Westberliner in Ostberlin und in der DDR wurden verbessert. Diese Durchbrüche waren ferner verknüpft mit der Aufnahme von Vorverhandlungen über eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), deren Schlußakte schließlich im Juli 1975 feierlich unterzeichnet wurde, und mit Verhandlungen über einen ausgewogenen Truppenabbau in Europa (MBFR). Auch die Handelsbeziehungen zwischen den USA und Europa auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite wurden im Gefolge dieser Durchbrüche ausgebaut. Die Entspannungspolitik schien ihre Früchte zu bringen.

III. Entspannung im Widerstreit

Nach dem Höhepunkt der Entspannungspolitik im Jahre 1972 folgte bald jedoch eine Ernüchterung, die für immer mehr Amerikaner den Wert dieser Politik in Frage stellte. Unter

dem für die USA maßgebenden Blickwinkel der Entspannung als neues Experiment der Eindämmungspolitik setzte sich dort verstärkt der Eindruck fest, daß dieses Experiment gescheitert war. Die USA waren offensichtlich innenpolitisch zu dieser notwendigerweise komplexen Politik nicht in der Lage, so daß Kissinger sie längerfristig nicht durchhalten

¹⁴⁾ Hyland, einst Kissingers engster Mitarbeiter, argumentiert wohl zu Recht, wenn auch überraschend: „It is frequently charged that détente relied greatly on a ‚web‘ of interlocking bilateral agreements that would tie down the Soviet ‚Gulliver‘. This is nonsense; no one involved in this period believed that the bilateral agreements (except SALT and trade) were more than ornaments.“ in: a. a. O., Anm. 4, S. 25. In der Tat sah Kissinger in den Wirtschaftsbeziehungen das Hauptinstrument zur Einbindung der Sowjetunion, wie er auch in seinen Memoiren mehrfach betont; in den Jahren seiner Amtszeit war dies jedoch nicht immer so deutlich zu hören gewesen.

¹⁵⁾ Die detaillierteste Darstellung seiner entspannungspolitischen Konzeption ist Kissingers Vortrag vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Senats am 19. September 1974 mit dem Titel „The Process of Détente“. Die damit verbundenen Hearings wurden vom Senate Foreign Relations Committee unter dem Titel Détente veröffentlicht.

¹⁶⁾ Noch in seinen Memoiren scheint Kissinger geteilter Meinung über den Wert der (hauptsächlich von ihm ausgearbeiteten) Prinzipienklärung zu sein. So schreibt er zwar an einer Stelle, er hätte selbst bei seiner sprichwörtlichen Eitelkeit nicht geglaubt, „that history would remember a set of principles so watered down as to be equally acceptable to the principal capitalist and the strongest Communist state.“ An anderer Stelle argumentiert er jedoch, für ihn habe sie „a repudiation of the Brezhnev Doctrine for Eastern Europe“ bedeutet (wobei er allerdings den operativen Satz von Prinzip 11 falsch zitiert: „Both sides renounced any claim for special privileges in any part of the world“ und nicht, wie es richtig — und anders! — heißt: „in world affairs“). Siehe in: a. a. O. (Anm. 4), S. 1150f.

konnte¹⁷⁾. Die Sowjetunion ihrerseits zeigte sich nicht bereit, sich auf diese Weise einbinden oder gar einwickeln zu lassen und unterließ immer häufiger die von Kissinger geknüpften Querbezüge. Schließlich schien es aus amerikanischer Sicht, als hätte sich die Sowjetunion mehr denn je international ausgebreitet. Mit dem Scheitern der Eindämmung geriet dann die Entspannungspolitik in Frage. Diese Entwicklung führte zunächst zu innenpolitischen Auseinandersetzungen, die — je mehr sie auf die Außenpolitik durchzuschlagen begannen — schließlich auch die europäisch-amerikanischen Beziehungen belasteten. Hier nämlich hielt man — da der Wert der Entspannungspolitik nicht global, sondern auf europäische Entwicklungen beschränkt eingeschätzt wurde — an der Entspannungspolitik fest¹⁸⁾.

Das europäische Festhalten an der Entspannung ist natürlich nicht nur durch regionale Eigennützigkeit motiviert, die etwa über dem Interesse an eigenen wirtschaftlichen Vorteilen oder menschlichen Erleichterungen für das eigene Volk eine bedrohliche Machtausdehnung der Sowjetunion aus dem Blick verlieren ließe. Vielmehr liegen den europäisch-amerikanischen Differenzen tiefgehende Meinungsunterschiede hinsichtlich der von der Sowjetunion ausgehenden Bedrohung und der Möglichkeiten, diese Bedrohung zu verringern, zugrunde (wobei allerdings auch handfeste innenpolitische Überlegungen eine Rolle spielen¹⁹⁾). In dieser Hinsicht haben Europäer

¹⁷⁾ Siehe zu diesen Entwicklungen, in deren Mittelpunkt die Watergate-Affäre stand, Gebhard Schweigler, Von Kissinger zu Carter. Entspannung im Widerstreit von Innen- und Außenpolitik, 1969—1981, München 1982.

¹⁸⁾ Für das Argument, daß auch die deutsche Entspannungspolitik bereits 1974 einen toten Punkt erreicht und seitdem das Eindämmungsdenken überwogen habe, siehe Hans-Peter Schwarz, Supermacht und Juniorpartner: Ansätze amerikanischer und westdeutscher Ostpolitik, in: Schwarz/Meissner, a. a. O. (Anm. 6), S. 185ff.

¹⁹⁾ So sieht z. B. die SPD in der Verfolgung ihrer Ostpolitik einen wichtigen Pfeiler ihrer innenpolitischen Legitimation und in amerikanischen entspannungsfeindlichen Maßnahmen den Versuch, die sozialliberale Koalition zu stürzen. In Frankreich gab es jahrelang ein wechselseitiges Wohlverhalten gegenüber der Sowjetunion, demzufolge die Rolle der kommunistischen Partei in Frankreich von der Sowjetunion unter Kontrolle gehalten wurde, während Frankreich sich gegenüber der Sowjetunion zurückhielt bzw. kooperationsbereit zeigte. Erst die für die Sowjetunion unerwartete Wahl Mitterrands beendete diesen Prozeß gegenseitiger Rücksichtnahme.

und Amerikaner aus den Entwicklungen der Entspannungspolitik z. T. diametral entgegengesetzte Lehren gezogen.

Was die Einschätzung der Bedrohung und ihrer Auswirkungen betrifft, so ergeben sich allerdings merkwürdige Interessenkonstellationen. Für die Europäer scheint die Bedrohung aus dem Osten zunächst so stark, daß sie auf der Notwendigkeit der Entspannung bestehen, um eben die Situation in Europa langfristig zu entspannen und kurzfristig ein Übergreifen anderer Konflikte auf Europa zu verhindern. Umgekehrt aber zeigen sie sich nicht so bedroht, daß sie verstärkten Verteidigungsanstrengungen, zumal im konventionellen Bereich, bereitwillig zustimmen würden (Präsident Mitterrand hat für Frankreich hier allerdings deutlich andere Signale gesetzt²⁰⁾). Diese Haltung hat gelegentlich in den USA zum Vorwurf der „Finnlandisierung“ Europas geführt. Dabei ist die amerikanische Einstellung allerdings auch nicht ganz widerspruchsfrei. So fühlt man sich zwar einerseits durch die dramatische sowjetische Aufrüstung der letzten zehn Jahre — in der man eine der deutlichsten Verletzungen der Eindämmung durch Entspannung sieht — mehr denn je bedroht und fürchtet, die Sowjetunion könnte ein theoretisches „Fenster der Verwundbarkeit“ öffnen. Andererseits aber argumentiert man, die Abschreckung funktioniere nach wie vor, so daß man es sich leisten könne, auf die Entspannung als Ergänzung westlicher Sicherheitspolitik zu verzichten; ein Aufgeben der Entspannungspolitik würde keine zusätzlichen Gefahren beschwören, sondern durch die dadurch hervorgerufene Schwächung der Sowjetunion und den gleichzeitigen Wiederaufbau westlicher Stärke die Gefahren mindern.

Es zeigt sich nicht nur an diesem Fall, daß die Ansichten darüber, wie man der sowjetischen Bedrohung langfristig begegnen kann, weit auseinandergehen. Insbesondere in der Bundesrepublik hält man am entspannungspolitischen Konzept der kleinen Schritte fest, durch die die Zusammenarbeit ständig bestätigt und

²⁰⁾ Mitterrand leitete eine drastische Erhöhung der Verteidigungsausgaben ein, befürwortete die Nachrüstung der NATO und begann eine vorsichtige Wiederannäherung an die Allianz. Siehe hierzu Michel Tatu, Frankreich und die deutsche Friedensbewegung, in: Dokumente, Dezember 1981, S. 300—307.

erweitert werden soll. Die Praxis der Kooperation sowie die Aussicht auf weitere Vorteile für beide Seiten würden dann auf westlicher Seite eine berechenbare Politik schaffen (im Gegensatz zu der angeblich unberechenbaren Politik der USA), während auf östlicher Seite ein langfristiges und wohl berechnetes Interesse an der Fortsetzung dieser Art von Entspannungspolitik geweckt und im übrigen interne Reformbemühungen und deren Befürworter gefördert würden. Es ist eine Politik der kleinen Schritte mit langem Atem (wobei allerdings manche der Schritte gar nicht so klein wirken, sondern im Gegenteil ganz bewußt langfristige Bindungen vorsehen²¹⁾).

Die USA halten dagegen, daß diese Politik der kleinen Schritte bisher wenig Erfolg gebracht habe (eine Einschätzung, die auch von der Opposition in der Bundesrepublik geteilt wird). Sie hätte nur die Sowjetunion begünstigt, der es, nicht zuletzt mit Hilfe des Handels mit dem Westen, gelungen sei, ihren Militärapparat weiter auszubauen und dabei eigentlich notwendige politische und wirtschaftliche Reformen zu vertagen. Dort, wo sich Reformansätze gezeigt hätten, seien sie von der Sowjetunion brutal unterdrückt worden — siehe Polen²²⁾.

Auch die Formel Kissingers für seine Entspannungspolitik (die später, bei allen Widersprüchlichkeiten, auch von Carter übernommen worden war) glich einer Politik der kleinen Schritte: Er wollte der Sowjetunion konkrete Anreize für Zurückhaltung bieten, sie umgekehrt aber für aggressive Maßnahmen bestrafen. Diese Formel ließ sich, was die Amerikaner betraf, nicht in die politische Pra-

²¹⁾ Dies trifft z. B. für das Erdgas-Röhren-Geschäft zu, über das Hans-Jürgen Wischnewski kürzlich ausführte: „Aber für mich ist es von entscheidender Bedeutung, eine Zusammenarbeit über das Jahr 2000 hinaus vertraglich zu vereinbaren, wenn auf beiden Seiten bereits die nächste Generation in die politische Verantwortung hineinwächst... Diesen Nagel einzuschlagen für eine Zusammenarbeit, nicht nur über geographische, sondern auch über ideologische Grenzen hinweg, ist für mich die entscheidende Frage. Das kann ein Amerikaner aus seiner geographischen und seiner anderen Interessenlage heraus überhaupt nicht so sehen, wie das bei uns zwangsläufig der Fall ist.“ Aus einem Interview in: Die Neue Gesellschaft, März 1982, S. 216.

²²⁾ Der gelegentliche Hinweis, ohne die Entspannung wäre es nie zu den Reformbewegungen in Polen gekommen, muß angesichts der Unterdrückung, die die Entspannung nicht verhindern konnte, in den USA in der Tat befremdlich wirken.

xis umsetzen. Alle vier Bestandteile dieser Formel waren mit beinahe unüberwindbaren Schwierigkeiten verknüpft, an denen die Verbündeten z. T. beteiligt waren. So konnten die USA z. B. nur bedingt wohl dosierte Anreize bieten, da die Sowjetunion das, was sie dringend benötigte (vor allem Getreide und hochwertige Technologie), anderswo einkaufen konnte; dies führte zu häufigen und andauernden Verstimmungen zwischen den USA und Europa. Da außerdem eine sowjetische Zurückhaltung in konkreten Fällen kaum nachweisbar war (und der kausale Zusammenhang mit bestimmten Anreizen schon gar nicht), wuchs in den USA das unterschiedlich motivierte Bedürfnis, konkretere Zugeständnisse der Sowjetunion zu erreichen: Das Problem der Menschenrechte fand auf diese Weise Eingang in die Entspannungspolitik²³⁾. Es belastete zunächst (mit dem Jackson-Vanik-Amendment von 1974²⁴⁾) die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, fand dann Eingang in die Schlußakte der KSZE (womit Bürgerrechtsbewegungen in den Ländern des Ostblocks sich legitimiert fühlen konnten und deren Unterdrückung wiederum Bemühungen in den USA förderten, die Sowjetunion wegen Menschenrechtsverletzungen anzuklagen), und wurde dann in den Carter-Jahren zu einem ständigen Problem auch der europäisch-amerikanischen Beziehungen. In Europa be-

²³⁾ In den USA formierte sich eine Koalition liberaler Kräfte, die grundsätzlich an der Durchsetzung von Menschenrechten (auch in den USA selbst: die Verknüpfung mit der Bürgerrechtsbewegung war hier sehr eng) interessiert war, mit eher konservativen Gruppen, die in der Menschenrechtsproblematik entweder einen Hebel zur inneren Schwächung des sowjetischen Regimes oder aber zur Aufhebung der Entspannungspolitik sahen. Diese Koalition setzte mit überwältigenden Mehrheiten entsprechende Gesetzesbestimmungen durch, die den Handlungsspielraum der Exekutive entscheidend einengten.

²⁴⁾ Im Gegensatz zu manchen gängigen Darstellungen machten die Amerikaner mit dem Jackson-Vanik-Amendment die Erfahrung, daß man mit den Sowjets über Menschenrechtsprobleme verhandeln konnte und daß die Sowjets im Austausch für Handelszugeständnisse bereit waren, ihrerseits Zugeständnisse zu machen: die Zahl der Ausreisegenehmigungen erhöhte sich bis 1979 auf 51 000 pro Jahr, als der Abschluß des sowjetisch-amerikanischen Handelsabkommens (das von den Sowjets aus erster Verärgerung über Jackson-Vanik im Januar 1975 gekündigt worden war) in Aussicht stand. Erst die Ereignisse in Afghanistan ließen das Handelsabkommen einmal mehr scheitern, woraufhin auch die Auswanderungszahlen drastisch zurückgingen.

stand man im Interesse der Sache und im Interesse der Erhaltung der Entspannung auf einem behutsamen Vorgehen. In den USA hingegen sah man in Menschenrechtsgewinnen zunehmend den eigentlichen Wert der Entspannung und erhob entsprechende Forderungen, die von der Sowjetunion kaum erfüllt werden konnten.

Der zweite Teil der Kissingerschen Formel war noch problematischer: die Bestrafung für Aggressionen. Daß die Sowjetunion solche betrieb, setzte sich in den USA mehr und mehr als Erkenntnis fest: von dem endgültigen Sieg der Nordvietnamesen im April 1975 (der das Versagen der Kissingerschen Entspannungspolitik am deutlichsten demonstrierte, die ja ursprünglich darauf angelegt war, den Krieg „ehrenhaft“ zu beenden) über Angola, Äthiopien und Yemen bis Afghanistan. Die Europäer teilten diese Überzeugung jedoch keineswegs; sie sahen in den meisten Fällen eher lokale Kräfte als die lange Hand Moskaus am Werk und waren deshalb nicht bereit, sich an Bestrafungsmaßnahmen zu beteiligen, die sie im übrigen ohnehin als politisch ungerechtfertigt und unangemessen betrachteten. Da aber Bestrafungsmaßnahmen ohne eine gewisse Solidarität der Verbündeten von vornherein zur Wirkungslosigkeit verurteilt waren, kam es in der Folgezeit — vor allem nach Afghanistan — zu heftigen europäisch-amerikani-

schen Auseinandersetzungen. Die Europäer erkannten nicht das amerikanische Dilemma. Die USA mußten, zumal nach allem, was vorangegangen war, auf diese eklatante Durchbrechung der Eindämmung reagieren. An Reaktionsmöglichkeiten standen aber im wesentlichen nur Sanktionen im wirtschaftlichen Bereich zur Verfügung²⁵). Diese dienten nicht vorwiegend als Bestrafungsmaßnahmen, durch die die Sowjets zu einem Rückzug aus Afghanistan gezwungen werden sollten; in dieser Hinsicht gab man sich in Washington keinen Illusionen hin. Die Sanktionen sollten einen anderen politischen Zweck erfüllen: die Glaubwürdigkeit amerikanischer Warnungen (wie sie zuvor fünfmal ergangen waren) zu gewährleisten, um dadurch eine politische Abschreckung sicherzustellen²⁶). Nur wenn die Sowjetunion davon überzeugt werden konnte, daß die amerikanischen Warnungen keinen Bluff darstellten, würde sie in Zukunft bereit sein, die Kosten eventuell geplanter Maßnahmen richtig zu kalkulieren und damit eine Güterabwägung vorzunehmen, die sie letztlich von diesen Maßnahmen abhalten würde. In diesem Sinne sollten Sanktionen als Teil der Eindämmungspolitik wirken. Durch ihre mangelnde Unterstützung unterliefen, aus amerikanischer Sicht, die Europäer diese Bemühungen und trugen dadurch zur Ausweitung des sowjetischen Machtbereiches bei.

IV. Eindämmung der Entspannung

Die Erfolglosigkeit der amerikanischen Außenpolitik unter Kissinger und Carter trug 1980 zum überragenden Wahlsieg Ronald Reagans bei. In der amerikanischen Öffentlichkeit hatte sich nach Afghanistan und Iran das Gefühl verstärkt, die USA seien zu einem politischen Schwächling geworden, der sich international herumstoßen lassen müsse. Diesem Zustand sollte abgeholfen werden — und Reagan versprach dies. Er verhieß Amerika neue Macht und Größe. Sein politisches Rezept zur Erreichung dieses Zieles war ein al-

tes: die Eindämmung der Sowjetunion²⁷). Für ihn gab es keinen Zweifel, daß es die Entspannungspolitik der Sowjetunion ermöglicht hatte, den Eindämmungswall zu überwinden und sich auf Kosten Amerikas zu stärken. Eine

nology, and Leverage: Economic Diplomacy, in: Foreign Policy, Herbst 1978.

²⁶) Wichtig war ferner, daß die Glaubwürdigkeit amerikanischer Sanktionsandrohungen nicht nur gegenüber der Sowjetunion deutlich gemacht werden mußte. Dies betraf zu diesem Zeitpunkt vor allem den Iran, wo Angehörige der amerikanischen Botschaft bereits seit mehreren Wochen als Geiseln festgehalten wurden. Eine ähnliche Verknüpfung hatte im übrigen auch Kissinger schon zuvor betont, als er z. B. amerikanische Standfestigkeit in Vietnam mit amerikanischem Einfluß im Nahen Osten in Verbindung brachte.

²⁷) Siehe hierzu z. B. Robert E. Osgood, The Revitalization of Containment, in: Foreign Affairs, 3/1981

²⁵) Über die in der Carter-Administration entwickelten Vorstellungen hinsichtlich der Vorrangigkeit wirtschaftlicher Maßnahmen bei der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion gibt am zuverlässigsten Auskunft Samuel Huntington, Trade, Tech-

Fortsetzung der Entspannungspolitik wurde deshalb ausgeschlossen. Der Konflikt mit den Europäern war damit vorprogrammiert. Es ist ein Konflikt um die Eindämmung der Entspannung: Die USA wollen die Entspannungsbestrebungen der Europäer eindämmen und langfristig austrocknen, während Europa die verbliebenen Bestandteile der Entspannung gegen die Angriffe der USA eindämmen und am Leben erhalten möchte.

Wie scharf dieser Konflikt ausgetragen werden würde und wieviel Raum auf beiden Seiten für Kompromisse bestehen könnte, blieb zunächst unklar und ist auch heute noch nicht völlig eindeutig zu bestimmen. Präsident Reagan räumte zunächst der Durchsetzung seines Wirtschafts- und Gesellschaftsprogramms höchste Priorität ein, was — auch angesichts personeller Differenzen und institutioneller Schwierigkeiten bei der Koordination — zu unsicheren und z. T. widersprüchlichen Signalen in der Außenpolitik führte. Allein die Durchsetzung eines umfangreichen Aufrüstungsprogrammes (mit jährlichen Steigerungsraten von real 7 %) ließ erkennen, wie ernst es Reagan mit der Wiederherstellung amerikanischer Macht meinte. (Forderungen der USA an die Europäer, dem von Amerika gesetzten Beispiel zu folgen, sind noch kaum abgeklungen und dürften die transatlantischen Beziehungen auch weiterhin ebenso belasten wie die gelegentlich mit diesem Aufrüstungsprogramm verknüpfte militante Rhetorik auf amerikanischer Seite.)

Inzwischen scheinen jedoch nach den jüngsten Erklärungen und Entwicklungen (darunter auch der Rücktritt von Außenminister Haig u. a. aus Protest gegen die scharfe antisowjetische Politik Reagans) die Fronten etwas deutlicher abgesteckt. Ganz offensichtlich möchte Präsident Reagan gegenüber der So-

(Sondernummer über America and the World 1981), und Manfred Görtemaker, Auferstehung des Containment. Die Politik der USA gegenüber der Sowjetunion nach den Präsidentschaftswahlen 1980, in: Osteuropa, Juni 1981. Zu den außenpolitischen Überlegungen der Reagan-Administration siehe ferner auch die Beiträge von Görtemaker, von Bredow/Brocke, Herz und Rühle in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 8. August 1981; Christian Hacke, Die Außenpolitik der Regierung Reagan im Spannungsfeld von Kontinuität und Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 3. April 1982; und Gebhard Schweigler, Die Präsidentschaft Reagan: ein neuer Anfang, in: Europa-Archiv, 10. Mai 1981.

wjetunion eine Politik der *großen* Schritte verfolgen, d. h. eine Politik, die in relativ kurzer Zeit erkennbare Fortschritte bringen soll, und zwar Fortschritte bei der Eindämmung der Sowjetunion bzw. der Erzielung sowjetischen Wohlverhaltens. So sind etwa die Rüstungskontrollvorschläge der USA zu verstehen, die auf die drastische Reduzierung des sowjetischen Raketenpotentials sowohl im strategischen (der START-Vorschlag sieht eine fast fünfzigprozentige Reduzierung vor) als auch im regionalen Bereich zielen (die Nulloption bei den Genfer INF-Verhandlungen). Reagan, zuvor einer der schärfsten Kritiker der SALT-Verträge (an die die USA sich allerdings halten, solange auch die Sowjetunion sich daran hält²⁸⁾), hatte nie einen Zweifel daran gelassen, daß er in diesem Sinne zu Rüstungskontrollverhandlungen, die eine echte Reduzierung bringen und verifizierbar sein müßten, bereit war. Die, vor allem auch für die Europäer, kritische Frage ist nunmehr, wie kompromißbereit die USA sein werden, denn es ist kaum davon auszugehen, daß die Sowjetunion die amerikanischen Vorschläge in dieser Form akzeptieren wird. Hier bleiben angesichts der tief verwurzelten Überzeugungen von Reagan und seinen engsten Mitarbeitern Zweifel berechtigt (wenngleich die wirtschaftliche Entwicklung in den USA und der Widerstand der Europäer die Administration in Washington möglicherweise zu größerer Kompromißbereitschaft drängen).

Ein weiterer großer Schritt wird in den Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion angestrebt. In Washington hat sich die Überzeugung durchgesetzt, daß die Sowjetunion in größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt, die zum Vorteil der USA ausgenutzt werden können. Dabei wird dieser Vorteil unterschiedlich definiert, jedoch anders als in Europa (das die langfristigen Auswirkungen stabiler Handelsbeziehungen betont und auch

²⁸⁾ In amerikanischen Kommentaren wird das sowjetische Einhalten der SALT-Verträge gelegentlich in Frage gestellt; auch Außenminister Haig warf jüngst der Sowjetunion vor, sie habe „in beispiellosem Maße“ Raketentests vorgenommen (siehe „Haig wirft Moskau Doppelzüngigkeit vor“, in: Süddeutsche Zeitung, 21. Juni 1982, S. 5). Solche Äußerungen dienen einerseits dazu, die Sowjetunion zur Einhaltung der SALT-Bestimmungen aufzufordern, andererseits aber auf deren problematischen Charakter hinzuweisen.

die direkten wirtschaftlichen Vorteile anerkennt²⁹⁾). Von einer Einschränkung des Handels mit der Sowjetunion verspricht man sich in Washington zumindest eine Schwächung der Sowjetunion im militärischen Bereich, da sie

1. keine auch militärisch nutzbare hochwertige Technologie mehr erhalte,
2. die für den Einkauf solcher Technologie notwendigen Devisen nicht mehr erwirtschaften könne und
3. gezwungen werde, vom militärischen auf den zivilen Sektor umzurüsten.

Maximal erwartet man von einer solchen Einschränkungspolitik eine tiefreichende Reform des sowjetischen Systems³⁰⁾, kurzfristig die Durchsetzung amerikanischer Interessen „mit Stolz“³¹⁾. Umgekehrt wird aber auch die Bereitschaft erklärt, für konkrete Zugeständnisse der Sowjetunion den Handel wieder aufzunehmen³²⁾. (Möglicherweise könnte das vor

²⁹⁾ Henry Kissinger warnte jüngst die Europäer, es sei kurzsichtig, wegen eigener wirtschaftlicher Vorteile ein feindliches und aggressives System zu unterstützen; denn: „a mounting tide of radicalism and insecurity in the world — inevitably encouraged or abetted by a growth of Soviet power unrestrained by some agreed code of conduct — will sooner or later compound all economic difficulties as well.“ Siehe „Trading with Russia. A Political Strategy for Economic Relations“, in: The New Republic, 2. Juni 1982, S. 14.

³⁰⁾ Siehe z. B. die Rede von Sicherheitsberater William Clark vom 21. Mai 1982, in der er verkündete: „We must also force our principal adversary, the Soviet Union, to bear the brunt of its economic shortcomings“, und gleichzeitig die Hoffnung vertrat: „that with an active yet prudent national security policy, we might one day convince the leadership of the Soviet Union to turn their attention inward, to seek the legitimacy that only comes from the consent of the governed, and thus to address the hopes and dreams of their own people.“ (Zitiert nach Wireless Bulletin from Washington, 24. Mai 1982, S. 4, 8.)

³¹⁾ „Prevailing with pride“ sei, nach Aussage eines Mitarbeiters des Nationalen Sicherheitsrates, das grundlegend neue Element der amerikanischen Sicherheitspolitik. Siehe Reagan's New Policy Seeks to 'Prevail' Over Kremlin, Adviser Says, in: International Herald Tribune, 18. Juni 1982.

³²⁾ Siehe z. B. folgende Passage aus Präsident Reagans Eureka-College-Rede vom 9. Mai 1982: „Both the current and the new Soviet leadership should realize aggressive policies will meet a firm Western response. On the other hand, a Soviet leadership devoted to improving its people's lives, rather than expanding its armed conquests, will find a sympathetic partner in the West. The West will respond with expanded trade and other forms of cooperation, but all this depends on Soviet actions“ (Zitiert nach Wireless Bulletin, 10. Mai 1982.)

kurzem verschärfte Gas-Turbinen-Embargo so z. B. im Gegenzug für sowjetische START-Zugeständnisse wieder aufgehoben werden.)

Die Europäer lehnen diese Handelspolitik der großen Schritte, die für sie die Eröffnung eines Wirtschaftskrieges mit ungewissen Folgen darstellt, entschieden ab³³⁾. Sie haben ohnehin schon zur Kenntnis nehmen müssen, daß ihr Handel mit dem Osten wegen der dortigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten (vor allem der immens angewachsenen Verschuldung) seit Jahren ständig zurückgegangen ist, während der amerikanische Handel, aller Rhetorik zum Trotz, angestiegen ist (dies liegt nicht zuletzt an den von Reagan wieder aufgenommenen Getreidelieferungen³⁴⁾). Sie wollen sich das Geschäft — aber auch ihre Form der Entspannungspolitik — nicht verderben lassen. Für kurze Zeit sah es so aus, als sei in dieser Frage auf den Gipfelkonferenzen von Versailles und Bonn im Juni 1982 ein Kompromiß erzielt worden, der darauf abzielte, daß die USA das Erdgas-Röhren-Geschäft (in dem Washington die Gefahr einer zu großen Abhängigkeit Europas von der Sowjetunion sieht, vor allem falls diese in den Persischen Golf vorstoßen sollte) nicht mehr länger behindern würden, während Europa der Sowjetunion keine günstigen Kredite mehr gewähren würde. Daß dieser Kompromiß nicht hielt, zeigte sich kurz darauf, als Washington auch den Verkauf von unter amerikanischer Lizenz gefertigten Turbinenteilen unter Embargo stellte (und dies mit der fortdauernden Unterdrückung in Polen rechtfertigte), während europäische Banken der Sowjetunion einen Milliardenkredit gewährten (der von dieser pikanterweise be-

³³⁾ Siehe z. B. Mitterrand Rejects U. S. Campaign For Economic War Against Russia, in: International Herald Tribune, 16. Juni 1982.

³⁴⁾ Das von Reagan aus innenpolitischen Gründen aufgehobene Getreideembargo Präsident Carters dient den Europäern als Hauptargument gegen die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Einschränkungspolitik. Die Europäer weisen zu Recht darauf hin, daß die Sowjetunion ohne die Deviseneinnahmen aus dem Handel mit dem Westen die Getreideinkäufe nicht tätigen könnte und daß diese Lieferungen im übrigen dazu beitragen, daß die Sowjetunion von schwierigen landwirtschaftlichen Problemen entlastet wird. Eine Verknüpfung der Getreidelieferungen mit sowjetischem Wohlverhalten fand nicht statt (ist allerdings — nicht zuletzt unter dem Druck der europäischen Argumente — in Zukunft nicht auszuschließen).

nötigt wurde, um amerikanisches Getreide bezahlen zu können).

Es liegt auf der Hand, daß Europa und Amerika aus dem politischen Gleichschritt geraten, wenn die eine Seite eine Politik der kleinen und die andere eine Politik der großen Schritte verfolgt³⁵⁾. Kompromißformeln, wie sie z. B. die sogenannte „Bonner Deklaration mit ihrer Definition von „wirklicher Entspannung“ darstellt³⁶⁾, sind, wie sich bereits gezeigt hat, kaum geeignet, Europa und Amerika zu gemeinsamen Schritten gegenüber der Sowjetunion zurückzuführen. Der Gegensatz zwischen Eindämmungsbemühungen auf der einen und Entspannungsbemühungen auf der anderen Seite bleibt bestehen. Ohne Frage

³⁵⁾ Wie bestimmt die Reagan-Administration eine Politik der kleinen Schritte, wie sie einst auf dem Höhepunkt der Entspannungspolitik eingeleitet worden war, ablehnt, geht auch aus der Tatsache hervor, daß die USA sich aus den mehr als 50 amerikanisch-sowjetischen Kooperationsvereinbarungen im wissenschaftlich-technischen-medizinischen Bereich zurückziehen (z. B. aus dem Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse in Laxenburg, aus der gemeinsamen Weltraumerforschung, aus Tiefbohrprojekten und dergleichen mehr).

geht das Bündnis in dieser Hinsicht schwierigen Zeiten entgegen. Es bleibt jedoch die Hoffnung, daß Europa und Amerika aufgrund innerer oder äußerer Entwicklungen zu jenem Mindestmaß an Gleichschritt zurückfinden können, ohne das die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion für alle noch gefährlicher wird. Der große Bestand an Gemeinsamkeiten in anderen Bereichen verleiht dieser Hoffnung eine gewisse Berechtigung.

³⁶⁾ Zum Erreichen der „wirklichen Entspannung“ sind gemäß der „Bonner Deklaration“ folgende Voraussetzungen notwendig: Es „muß die Souveränität aller Staaten, unabhängig von ihrer geographischen Lage, geachtet werden, dürfen die Menschenrechte nicht der Staatsräson geopfert werden, muß freier Gedankenaustausch an die Stelle einseitiger Propaganda treten, muß Freizügigkeit der Menschen erreicht werden, müssen Bemühungen um ein stabiles und offenes militärisches Verhältnis unternommen werden und müssen generell alle Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki in ihrer Gesamtheit angewandt werden.“ (Zitiert nach Süddeutsche Zeitung, 11. Juni 1982, S. 9.) Mit dieser sehr weitreichenden Definition wurde den USA die Möglichkeit gegeben, die entspannungspolitischen Vorstellungen vor allem der Bundesrepublik in Frage zu stellen.

Kernwaffen und NATO

Zwischen Einsicht und Unvernunft

I.

Die Geschichte des Atlantischen Bündnisses ist eine Geschichte der Krisen. Man muß jedoch zwischen den üblichen Schwierigkeiten unterscheiden, deren Ursprung in der sicherheitspolitischen Abhängigkeit Westeuropas von den USA und in den wirtschaftlichen Interdependenzen zwischen den Verbündeten liegt, und den wirklich substantiellen Krisen und Differenzen, die nicht nur die unvermeidlichen Interessendivergenzen offenbaren, sondern eine grundlegend unterschiedliche Sicht der Weltprobleme und Prioritäten.

Die gegenwärtigen Klagen führender westeuropäischer Politiker über die Auswirkungen der hohen amerikanischen Zinsen auf die Volkswirtschaften Westeuropas oder über US-Präsident Reagans zögernde Haltung zum Nord-Süd-Verhältnis gehören zur ersten Kategorie. Die anhaltende Kontroverse in Europa über Kernwaffen gehört zur zweiten und stellt die Allianz heute vor eine ihrer gefähr-

lichsten Bewährungsproben. Oberflächlich gesehen geht der Meinungsstreit um den NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 zur Stationierung der neuen Atomraketen in Europa ab 1983 und zur Aufnahme von Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion über eben diese Waffensysteme. Noch stellen sich in dieser Kontroverse verbündete Regierungen nicht gegen die US-Administration. Aber die breite westeuropäische Friedensbewegung gegen diese Stationierung weist in einigen Staaten sowohl auf einen tiefen, politisch destabilisierenden Graben zwischen Regierungen und einem beträchtlichen mobilisierten Teil der Öffentlichkeit hin als auch auf eine wachsende Divergenz der Gefühle und Perzeptionen auf beiden Seiten des Atlantiks. Weit mehr als nur technische Fragen der Abschreckung und Strategie stehen denn auch zur Debatte. Diese sind in erster Linie nur Symptome grundlegender Probleme.

II.

Die heutige Friedensbewegung ist nicht die erste ihrer Art. Viele Briten beteiligten sich in den frühen sechziger Jahren an einer leidenschaftlichen Kampagne für atomare Abrüstung, und man sollte auch nicht den starken Widerstand in der Bundesrepublik Deutschland gegen die Nutzung der Kernenergie in den letzten Jahren vergessen. Die gegenwärtige Unruhe ist nicht gleichmäßig stark verbreitet. Die Demonstration z. B., die am 25. Oktober letzten Jahres in Paris stattfand, wurde von der Kommunistischen Partei Frankreichs und einer ihrer Tarnorganisationen organi-

siert und beherrscht, und während die Demonstration in Rom vom gleichen Tag zwar über das Spektrum der Kommunistischen Partei Italiens und ihrer Gewerkschaft hinausreichte, so stellte sie doch keine Kräfteansammlung wie im nördlichen Teil des Kontinents dar. Dessenungeachtet ist die heutige Friedensbewegung in verschiedener Hinsicht neu und machtvoll: Sie ist eine Massenbewegung von kontinentaler Reichweite, die die Menschen über Grenzen hinweg mobilisiert und bewegt — etwas Ungewöhnliches im immerhin teilweise integrierten Westeuropa von heute. Sie erreicht die aktive Teilnahme von Frauen und einer großen Zahl religiöser Gruppen (vorwiegend, jedoch nicht ausschließlich, protestantischer Herkunft) in Ländern, in denen diese

Nachdruck aus: Foreign Affairs, Winter 1981/82. Copyright 1981 beim Council on Foreign Relations, Inc.

Übersetzung: Jörg Heinemann, Hamburg.

vormals kaum je an großen Demonstrationen teilgenommen hatten. Sie ist in dem Land besonders stark, das bis jetzt der zuverlässigste Verbündete der Vereinigten Staaten auf dem Kontinent und der Dreh- und Angelpunkt der NATO-Strategie war, der Bundesrepublik Deutschland. Obwohl diese Bewegung also — vor allem in den Niederlanden und in Skandinavien — Menschen aus den verschiedensten Parteien zusammenbringt und oft von bekannten Geistlichen, Intellektuellen oder Politikern angeführt wird, stellt sie doch zum großen Teil eine Zusammenkunft junger Menschen dar; sie ist der erste Generationsprotest seit 1968. Vor allem ist sie, wie die Bewegung vom Mai 1968 in Frankreich, mit de Gaulles Wort „*inssaisissable*“, ungreifbar, da in ihr verschiedene Sorgen, Befürchtungen und Sehnsüchte bezüglich einer Kernfrage zusammenlaufen, und weil sie mehr Emotionen und Leidenschaft als klare Analysen anbietet. Daher rührt die Schwierigkeit, ein passendes Wort zu ihrer Definition zu finden.

Einige Teile der Friedensbewegung, z. B. der linke Flügel der britischen Labour Party, sprechen sich für eine vollständige atomare Abrüstung Europas und für einseitige Schritte in dieser Richtung aus; andere befürworten Verhandlungen über eine beiderseitige Reduzierung der Rüstung zwischen Washington und Moskau. Wieder andere sind weiterhin für die NATO, allerdings gegen den Beschluß vom Dezember 1979, während einige von einem neutralen Europa träumen. Viele verurteilen beide Großmächte, die ihnen als gehirnlose Monster erscheinen, und greifen die „Blockpo-

III.

Warum also ist diese komplexe Bewegung aus der Diskussion um die eurostrategischen Waffen großer Reichweite (LRTNF = Long-Range Theater Nuclear Forces) entstanden? Zwei Fragen sind hierbei impliziert: Warum gerade jetzt und warum die Konzentration auf dieses Problem?

Es gibt heute zu der Stimmungslage in den späten fünfziger Jahre, als sich auch Friedensbewegungen in verschiedenen Ländern ausbreiteten, grundlegende Unterschiede. Damals existierte paradoxerweise sowohl ein all-

litik“ an, die Europa geteilt und in Abhängigkeit läßt. Andere konzentrieren ihre Angriffe allein auf die USA. Die meisten scheinen vor allem einen Atomkrieg zu fürchten, wobei viele Menschen über die ihrer Meinung nach falsche Betonung militärischer Lösungsversuche bei internationalen Problemen ebenso empört sind wie über die maßlosen Rüstungsausgaben in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit, der Kürzungen im Sozialbereich und manchmal — wie in England — schwerer Wirtschaftskrisen. Wiederum andere Kritiker sind Mitglieder politischer Parteien, hochpolitisiert und Experten der Manipulation; viele jedoch sind auf der Suche nach einer „konkreten Utopie“ und fast herausfordernd un- oder antipolitisch. Oder aber sie sind der Überzeugung, daß in einer Welt, in der die traditionelle Machtpolitik bei der Schaffung eines dauerhaften Friedens oder der Beseitigung der drohenden atomaren Vernichtung versagt hat, spektakuläre Gesten der Verweigerung ansteckend wirken könnten. Sie glauben, daß Exempel der Selbstverleugnung sogar nur kleiner Staaten die Großmächte zu schamvollem Respekt oder zum Nachahmen veranlassen könnten. In der deutschen Friedensbewegung werden viele von der Entschlossenheit getrieben, jede Art von Politik zurückzuweisen, die nach deutscher Vergangenheit schmeckt, also nach Vertrauen auf Gewalt als wichtigstem Instrument der Politik, und so suchen sie nach einer reinen und untadeligen Identität. Es gibt auch einzelne in dieser Bewegung, die eher aus einem grollenden oder ehrgeizigen Nationalismus aktiv werden.

gemeines Vertrauen in die nukleare Überlegenheit der USA (daher die relativ geringe Angst vor einem Atomkrieg) als auch die allgemeine Überzeugung, die Sowjets seien die Unterdrücker, die den Frieden in Europa zu zerstören drohten. Es war die Zeit der Berlin-Krise, und was man in der Bundesrepublik — und in West-Berlin, dessen Regierender Bürgermeister Willy Brandt war — fürchtete, war amerikanische Nachgiebigkeit. Heute finden wir vertauschte Rollen vor: Es existieren ernsthafte Zweifel an der Zusage der USA, die

Sicherheit Westeuropas auch weiterhin durch atomare Abschreckung zu erhalten. Im Zeitalter nuklearer Parität scheint es trotz rituell wiederholter Zusicherungen von offizieller Seite unwahrscheinlich, daß Washington Amerikas Überleben wegen des Schutzes Europas aufs Spiel setzen würde. Angesichts der erweiterten Fähigkeiten der neuen Atomwaffen wie Zielgenauigkeit und Mobilität scheint die Nuklearstrategie auf Kriegführungsoptionen hinzudeuten, da Abschreckung einerseits durch Androhung massiver Vernichtung von Ballungszentren nicht länger glaubwürdig ist, andererseits mittels Androhung eines atomaren Erstschlags gegen die strategischen Streitkräfte der UdSSR wegen des Verlusts der amerikanischen Überlegenheit tendenziell aufgehoben scheint.

Die westeuropäische Sicht der Sowjetunion hat sich noch weiter verändert, gedämpft durch die Erfahrungen während der Entspannungsphase und beeinflusst durch die sowjetischen Schwierigkeiten in Osteuropa.

Zu diesen allgemeinen Faktoren kommen einige andere hinzu, die besonders für die Bundesrepublik zutreffen. Eine neue Generation ohne die Erfahrungen europäischer Krisen — die Invasion der Tschechoslowakei liegt 14 Jahre zurück — und mit einer tiefen Abneigung gegen Deutschlands Vergangenheit und Gegenwart ist herangewachsen. In ihren Augen war die ältere Generation entweder zu eifrig mit dem Aufbau einer neuen, ehrenhaften Gesellschaft beschäftigt oder zu eifertig im Vergessen einer ehrlosen Vergangenheit; von ihrer eigenen Tugendhaftigkeit zu überzeugt, sofern die Angehörigen jener Generation gegen die Nationalsozialisten waren, oder zu schuldig, um mit dem Blick zurück übermäßig viel Zeit zu verschwenden. Heute stellen ihre Söhne und Töchter Fragen nach der blutigen Geschichte jenes vereinten Deutschlands, wecken das schmerzliche Problem deutscher Identität wieder und scheinen versucht, ziemlich romantisch, durch die Idee einer neuen Mission Deutschlands als dem Boten des Friedens und der Befreiung ganz Europas. Darüber hinaus wurden die jungen Menschen Deutschlands vielfach in der Schule oder der Universität über die Übel der deutschen Nachkriegsgesellschaft aufgeklärt: Krämergeist, Materialismus, Konsumorientiertheit, aufdringliches

Vorzeigen des Wohlstandes etc. Selbst bei denjenigen, die in Regionen zur Schule gingen, in denen Marxisten und Mitglieder der Neuen Linken nicht die Klassenräume beherrschen, finden sich die gleichen Themen auf den Leinwänden der Kinos oder auf dem Bildschirm wie auch in den Romanen der bekanntesten Schriftsteller der Bundesrepublik.

Schließlich scheinen sich viele Deutsche vom „amerikanischen Modell“ entfremdet oder es sogar ganz verworfen zu haben. Anstelle des „Modells Amerika“, ein noch in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren vorherrschendes Meinungsbild, tritt heute wenn nicht die Vorstellung eines bedrohlichen Amerikas (obwohl es eindeutig auch solche Momente gibt), aber doch zumindest ein negatives Bild der Vereinigten Staaten, beschmutzt durch Vietnam und die Gewalt im Lande, durch ethnische Spannungen und weitverbreitete Stimmenthaltungen bei Wahlen sowie durch eine bizarre Mischung aus politischem Militarismus und einer selbstgefälligen Weigerung zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Hiermit treffen wir auf die erste von vielen Paradoxien. Anstatt der Meinung zu sein, die USA gewährleisteten Sicherheit und die UdSSR gefährde sie, sind viele junge Europäer heute vom Gegenteil überzeugt. Selbst dann, wenn sie sich darauf verstehen, daß die Gefährdung der Sicherheit aus dem Osten kommen könnte, reagieren sie auf eine den USA zuwiderlaufende Art und Weise. Auf der westlichen Seite des Atlantiks geht das öffentliche Stimmungsbild in Richtung auf eine Wiedererlangung amerikanischer Stärke, so wie es sich in der Wahl Reagans und des neuen Kongresses niederschlägt. In Westeuropa hingegen herrscht Angst vor einem Krieg und die Meinung, die Anhäufung von Waffen könne nur zum Krieg führen, und man will die Großmächte ihre Differenzen auf andere, für die Menschheit weniger gefahrvolle Weise aushandeln sehen. Darum die Betonung — selbst durch die Regierungen — von Verhandlungen mit dem Osten, und daher auch die Verführung der Öffentlichkeit durch verschiedene Formen der Weltflucht, angefangen bei atomwaffenfreien Zonen bis zur Neutralität. Die Ereignisse der siebziger Jahre haben die Ameri-

kaner und Europäer unterschiedlich berührt. Die Amerikaner wollen offenbar in der Welt „nicht länger herumgestoßen werden“ und wenden sich fundamentalistischen Mitteln des ökonomischen Aufschwungs zu: Betonung privaten Unternehmertums und einer verminderten Rolle des Staates. Die Westeuropäer hingegen konzentrieren sich auf ihre innenpolitischen Schwierigkeiten und bauen auf staatliche Initiativen und eine gemischte Volkswirtschaft, wie immer auch die politische Orientierung der Regierungen sein mag.

In den letzten Jahren waren Amerikaner und Europäer, selbst auf offizieller Ebene, bei drei zentralen Fragen unterschiedlicher Meinung. Die Amerikaner sind in ihrem Verhältnis zu Moskau zu einer Sichtweise und Politik zurückgekehrt, in denen Feindseligkeit dominiert; Westeuropa hat von gemäßigten Beziehungen profitiert und will sie erhalten. Die USA wollten ihre Verbündeten zu einer weltweiten Allianz zusammenschließen, da sie

IV.

Vor diesem Hintergrund läßt sich unschwer ermessen, warum die LRTNF-Verhandlungen im Brennpunkt des Meinungsstreits stehen. Der NATO-Beschluß vom Dezember 1979 war ein „verzögernder“ Beschluß, in dem von einer künftigen Stationierung und von Rüstungskontrollverhandlungen die Rede ist. Obwohl die zu diesem Beschluß führenden Konsultationen zwischen den Regierungen wohlbedacht und langandauernd waren, war doch die Öffentlichkeit der wichtigsten westeuropäischen Staaten nie wirklich an diesem Prozeß beteiligt. Es gab vorher keine große Debatte hierüber, und in der oben bereits skizzierten Atomosphäre kann die auf die Stationierungsfrage zugespitzte Kontroverse heute als fast unausweichlich angesehen werden. Denn es existiert eine lange Geschichte interalliierten Meinungsverschiedenheiten über die Strategie und vor allem über die Atomwaffen der NATO²⁾.

¹⁾ Vgl. hierzu ausführlicher meine Analyse: *The Western Alliance. Drift or Harmony?*, in: *International Security*, Fall 1981, S. 105ff.

²⁾ Die folgende Untersuchung der nicht-strategischen Atomstreitkräfte folgt weitgehend einer demnächst erscheinenden Studie der Carnegie-Stiftung über die Sicherheit der USA und die Zukunft der Rüstungskontrolle.

eine globale sowjetische Herausforderung sehen; die Westeuropäer wiederum bestehen auf den geographischen Grenzen des NATO-Bündnisses, nehmen Washingtons Versuche übel, El Salvador zu einem Prüfstein atlantischer Solidarität aufzubauen oder Nord-Süd-Konfliktherde aus der Perspektive des Kalten Kriegs zu beurteilen oder auch im Nahen Osten den Waffen Vorrang vor diplomatischen Schritten zu geben. Die USA sind überzeugt davon, daß die zentrale Aufgabe unserer Zeit die Eindämmung des sowjetischen Imperialismus sei, und daß die von der UdSSR ausgehende militärische Gefahr vielfältig durchdrungen sei von den großen Schwächen des sowjetischen Gesellschafts- und Regierungssystems. Auch die Westeuropäer bejahen diese Gefahren, aber sie sehen sie durch diese Schwächen und durch die sowjetischen Schwierigkeiten in Afghanistan und Polen als verringert, wettgemacht oder neutralisiert an¹⁾.

Erstens gab es vor allem nie eine Übereinstimmung in bezug auf die militärische Funktion atomarer Gefechtsfeldwaffen (TNF = Theater Nuclear Forces) innerhalb der NATO-Strategie. Während der gesamten sechziger Jahre drängten die USA auf eine konventionelle Aufrüstung der NATO als bestmöglicher Abschreckung eines sowjetischen Angriffs oder vielmehr als besten Weg, der strategischen Nukleargarantie der USA Glaubwürdigkeit zu verleihen. Sie sprachen sich für eine Art Feuerschneise zwischen einer konventionellen und einer nukleartaktischen Auseinandersetzung aus, und sie sahen diese taktischen Nuklearwaffen in erster Linie als Abschreckungsmittel gegen einen sowjetischen Einsatz gleicher Waffen an und darüber hinaus als ultima ratio, sollte die konventionelle Verteidigung zusammenbrechen. Den Europäern jedoch wäre die Androhung eines frühen Einsatzes atomarer Gefechtsfeldwaffen durch die NATO lieber gewesen, um auf diese Weise den Sowjets die Annahme für immer unmöglich zu machen, sie könnten einen rein konventionellen Krieg in Europa beginnen und führen. Die formell 1967 eingeführte Strategie der „flexiblen Reaktion“ war deshalb ein Kompromiß, der nichts löste. Daraus folgte zweitens, daß es

nie eine Übereinstimmung über Art und Umfang der benötigten TNF gab. Falls ihre Funktion darin liegt, die Verpflichtung der USA gegenüber Europa zu demonstrieren und zur Abschreckung einer möglichen sowjetischen Aggression beizutragen, so ist es überflüssig, diesen sowjetischen Atomstreitkräften genau gleiches entgegenzustellen. Denn in der Tat können die sowjetischen TNF, die neue SS-20-Mittelstreckenrakete und der Backfire-Bomber, durch strategische Waffen der USA aufgewogen werden. Die Westeuropäer haben immer schon zu der Annahme geneigt, daß „Eskalationsfähigkeit“, nämlich die Fähigkeit, den Sowjets auf jeder Eskalationsstufe mit gleichen Waffen begegnen zu können, um den Angreifer so von einer Eskalation bis zur Stufe einer möglichen Überlegenheit abzuschrecken, weniger abschrecke als Strategien, die eine frühe Auslösung und für den Angreifer unkontrollierbare Eskalation eines Atomkriegs androhen.

Drittens scheint mir der NATO-Beschluß vom Dezember 1979 über die Einführung neuer Mittelstreckenraketen in geringerer Zahl als die vergleichbaren sowjetischen Systeme jeder operativen Logik zu entbehren. Hatte er den Zweck, wie einige Vertreter unvorsichtigerweise meinten, den SS-20 ein Gegengewicht entgegenzustellen (ohne ihnen damit genau entsprechen zu wollen), um die USA nicht zu zwingen, im Fall eines Einsatzes der SS-20 auf ihre eigenen strategischen Streitkräfte zurückgreifen zu müssen? Dieser Ansicht wurde von europäischen Befürwortern des Beschlusses heftigst widersprochen, weil sie sowohl das Mißtrauen der Protestbewegung bezüglich der amerikanischen Entschlossenheit vergrößert, US-Territorium im Interesse Europas zu gefährden, als auch die Befürchtung verstärkt, daß jeder Versuch, ein Wie-du-mir-so-ich-dir-Gleichgewicht in Europa aufzubauen, auf eine „Abkopplung“ der strategischen Waffen der USA vom potentiellen europäischen Gefechtsfeld hinausliefe. Liegt demnach die Logik des Beschlusses in der Wiederanbindung europäischer Sicherheit an die strategischen Systeme der USA, eine Anbindung, die durch die jüngsten sowjetischen Stationierungen gefährdet war? Wenn das aber der Zweck war, nämlich die Wiederherstellung der Abschreckung, sind dann die

verwundbaren Pershing II-Raketen und weniger verwundbaren, aber schwer aufzulockern den bodengestützten Marschflugkörper die besten Mittel dafür? Oder besteht die Logik etwa in erster Linie darin, der NATO Verhandlungsmasse zu verschaffen? Schließlich besteht unter den Verbündeten keine Übereinstimmung über die Rüstungsteuerungs-Aspekte des Beschlusses. Zwar macht er die Stationierung nicht von einem Scheitern der Verhandlungen abhängig, aber man muß doch ein Anwachsen des Widerstands gegen die Stationierung erwarten, falls es noch eine Chance für ein Abkommen geben sollte, das eine begrenztere Stationierung oder sogar keine auf westlicher Seite zuließe.

Im Unterschied zum Plan für eine Multilaterale Atomstreitmacht (MLF), der in den frühen sechziger Jahren die Schaffung einer integrierten Atomstreitmacht mehrerer NATO-Staaten vorsah, war der Doppelbeschluß kein Versuch, auf ein politisches Problem eine militärische Antwort zu geben. Er versuchte vielmehr eine militärische *und* politische Lösung eines militärischen Problems. Angesichts der unterschiedlichen Denksysteme hierzu gab es jedoch weder eine Übereinstimmung in der Beurteilung der tatsächlichen Bedeutung und Beschaffenheit des durch die Sowjets geschaffenen Problems noch in der richtigen Antwort darauf. In Anbetracht des heiklen Kerns der Frage war es absurd anzunehmen, der Beschluß werde den quälenden Spannungen ein Ende setzen.

Ganz eindeutig ist die gegenwärtige Debatte nur der letzte Ausdruck der andauernden Furcht in Westeuropa, zum Kriegsschauplatz zu werden. Falls sich die USA durch die Weigerung, mit ihrem eigenen Territorium das Risiko im Fall eines sowjetischen Angriffs mitzutragen, „abkoppeln“ sollten, weil sie die atomare Überlegenheit verloren haben oder aus einem anderen Grund (wie etwa der gegenwärtigen Unfähigkeit der NATO, die westliche Sowjetunion atomar zu treffen), dann könnte Westeuropa der Willkür der UdSSR ausgeliefert sein oder durch einen konventionellen oder begrenzten Nuklearkrieg vernichtet werden. Aber selbst wenn die USA Maßnahmen ergriffen, die als Wiederankopplung verstanden werden würden, indem sie z. B. davon ausgingen, daß die Sowjetunion nicht zwischen ei-

ner in Westeuropa oder einer auf hoher See oder von US-Boden gestarteten Rakete unterscheiden würde, selbst dann kann Westeuropa immer noch nicht sicher sein, daß die USA wirklich ihre Atomwaffen einsetzen würden, da die Vereinigten Staaten die letztendliche Kontrolle über deren Einsatz ausüben. Weiterhin: Würde denn eine Wiederankopplung einen großen Unterschied ausmachen, falls die Großmächte sich in Richtung auf einen globalen Krieg bewegen? Es ist der verschwommene oder verblendende Hintergrund solcher Fragen, der die psychologischen Widersprüche und Verzerrungen der europäischen Friedensbewegung erklärlich macht. Menschen, die sich in aussichtsloser Lage befinden oder in einer Situation, in der die einzig gute Lösung — Frieden — immer unwahrscheinlicher zu werden scheint, neigen dazu, mit einer Mischung aus Illusionen, Vorurteilen und gedanklichen Inkonsistenzen zu reagieren, weil die Grammatik der Emotionen nichts mit Verstandeslogik zu tun hat. Erinnern wir uns, auf welche Weise die Franzosen, erpicht auf den Frieden und im Glauben, ein neuer Krieg werde ihr Land vernichten, auf die Bedrohung durch die Nationalsozialisten reagierten (ein Vergleich, der hier wegen der psychologischen, nicht politischen Parallelen gezogen wird).

Es gibt Europäer, die es ablehnen, in der SS-20 mehr als nur eine modernisierte Version älterer sowjetischer Raketen zu sehen oder die sich der Vorstellung einer möglichen sowjetischen militärischen Überlegenheit verweigern, oder die nicht zugeben wollen, daß die UdSSR jene Überlegenheit militärisch nutzen könnte, die sie besitzt, die aber durchaus bereitwillig glauben, die USA könnten einen sowjetischen Angriff nicht mehr abschrecken, weil sie *ihre* Überlegenheit verloren haben. Wir Amerikaner haben in den letzten Jahren, wie Henry Kissinger 1979 in Brüssel, zu stark das relative Nachlassen unserer Macht betont, unsere Unfähigkeit zu fortdauernder Abschreckungskraft. In den Vereinigten Staaten hat die Perzeption eines Niedergangs zu einem erneuerten und oft undifferenzierten Willen zur Aufrüstung geführt. In Europa jedoch hat sie die Zweifel an den USA und ein Wunschdenken über die potentielle sowjetische Bedrohung geschürt.

Man trifft bei den Protestlern auch auf den Wunsch nach glaubhafter Abschreckung (da nur erfolgreiche Abschreckung sinnvoll ist) und gleichzeitig auf die Befürchtung, keine Form der Abschreckung werde mehr völlig glaubwürdig sein. Man trifft auf Mißtrauen gegenüber strategischen Schritten der USA und auf eine neue Entschlossenheit, diesen Widerstand entgegenzusetzen, da sie auf eine Verschiebung von einer Strategie der Abschreckung zu einer der Kriegführung hinzudeuten scheinen. Die Kritiker sehen hierbei in Carters Präsidenten-Direktive 59 mit ihrer Betonung der Abdeckung der sowjetischen Offensivstreitkräfte einen alarmierenden Musterfall, aber auch in Reagans Entscheidungen zur Produktion der Neutronenwaffe und zur Stationierung der strategischen MX-Interkontinentalrakete sowie der Pershing II-Mittelstreckenrakete, die beide furchteinflößende Erstschlagswaffen sind und, in Anbetracht ihrer Verwundbarkeit, einen sowjetischen Entwaffnungsschlag herausfordern könnten.

Es läßt sich aber auch die Überzeugung finden, daß die Verteidigung Europas und Neutralisierung jeder sowjetischen Bedrohung des Kontinents ein zentrales Interesse der USA bleiben werde, was immer auch die Verbündeten tun würden und welche Hiebe sie auch immer ihrer Schutzmacht zumuten werden. Es wird die feste Meinung vertreten, daß die Sowjets, selbst wenn sie in einigen Bereichen stärker sein sollten, diese militärische Überlegenheit nicht in politische Vorteile verwandeln könnten (Titos Jugoslawien, Ceausescus Rumänien, ein freies Finnland haben überleben können), aber es existiert kaum ein Verständnis der dieser Entwicklung zugrunde liegenden Ursachen.

Tatsächlich nämlich liegt der Grund für die Grenzen des sowjetischen Einflusses doch in der westeuropäisch-amerikanischen Solidarität, und ein Bruch zwischen beiden Seiten des Atlantiks würde Westeuropa gefährlich exponieren. Es läßt sich auch, und das ist am gefährlichsten, eine Tendenz der Schuldzuweisung ausmachen, in der die Schutzmacht zum Grund allen Übels erklärt wird (entsprechend schoben viele Franzosen im Sommer 1938 ihrem Schützling, Beneš, Tschechoslowakei, die Schuld für die Spannungen mit Hitler zu), und mit der man einen Fluchtweg durch überzo-

gen zu finden sucht. Kann also, nur weil der Frieden das einzig kluge und vernünftige Ziel

des atomaren Gleichgewichts und des internationalen politischen Klimas sein?

V.

Wir sind in der Geschichte des Bündnisses verschiedentlich Zeugen von Krisen geworden, die durch die europäischen Sicherheitsprobleme verursacht wurden. In zwei Fällen gaben die USA nach: Johnson bei der MLF, Carter bei der Neutronenwaffe. In einem anderen Fall führte ein zunehmend aussichtsloser werdender Kurs zu einer Bruchlandung, glücklicherweise gefolgt von einer Rettungsaktion: das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 und die Entscheidung zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der NATO. Dies sind keine erfreulichen Präzedenzfälle.

Es darf in naher Zukunft kein Abrücken vom Doppelbeschluß geben. Entgegen früheren Stationierungsbeschlüssen war dies ein gemeinsam getragener Beschluß, und selbst wenn sich die belgische und niederländische Regierung zu seiner Verwirklichung nicht in der Lage sehen oder dazu nicht bereit sein sollten, so werden doch Großbritannien (außer im unwahrscheinlichen Fall einer Rückkehr der Labour Party in die Regierung), Italien und die Bundesrepublik versuchen, ihn durchzusetzen. Obwohl die gegenwärtige Regierung in Bonn scheitern könnte, wenn die SPD den von ihr gestellten Ministern das Vertrauen entziehen würde oder innenpolitische Probleme zum Bruch in der Koalition führen, würde sich eine von den Christdemokraten geführte Regierung doch nur um so nachdrücklicher zum NATO-Doppelbeschluß bekennen. Im übrigen würde jedes Abrücken Verhandlungen zur Rüstungskontrolle den Boden entziehen.

Die wirkliche Gefahr liegt vielmehr unterhalb der offiziellen Ebene, im Verhältnis der Regierungen zu ihrer Öffentlichkeit. Einige Regierungen könnten sich nicht in der Lage sehen, zu ihrer vorläufigen Verpflichtung zu stehen (wie Belgien und Holland) oder ihren klaren Entschluß zu verwirklichen (wie im Fall der Bundesrepublik). Um den Graben zwischen diesen Regierungen und ihren Kritikern zu

schließen, könnte man sich einige Ereignisse vorstellen, die jedoch alle nicht wahrscheinlich sind. Ein solches Ereignis wären erfolgreiche Verhandlungen zur Rüstungssteuerung. Selbst wenn man der Meinung ist, die Verhandlungen sollten auf TNF in Europa beschränkt sein (und damit auf Westeuropa gerichtete sowjetische Interkontinentalraketen unberücksichtigt lassen oder die der NATO assignierten Poseidon- und Trident-U-Boote oder auch die U-Boot-gestützten Marschflugkörper, die in den USA bald gebaut werden und als Verbindungsglied zwischen den strategischen Systemen der USA und dem europäischen Kontinent dienen könnten), gäbe es erhebliche technische und politische Hindernisse zu überwinden.

Auf der technischen Seite stellt sich die Frage: Über welche Waffensysteme soll verhandelt werden? Was soll gezählt werden: Raketen, Startvorrichtungen, Gefechtsköpfe? Welche Begrenzung wäre sinnvoll, und gäbe es überhaupt ein Niveau, das die Europäer vor neuen Stationierungen „sichern“ würde, wenn man dem jüngsten NATO-Kommuniqué nicht trauen mag, nach dem im „Idealfall“ einer Null-Lösung die Sowjetunion ihre SS-20 abwracken würde, und die USA dann ihre eigenen TNF nicht zu stationieren brauchten? Wird nicht in Ermangelung eines klaren, militärisch logischen Grundkonzepts auf westlicher Seite wahrscheinlich eine Einigung, in erster Linie der Verbündeten selbst, erschwert? Welchen Preis würden die Sowjets für ihr Einverständnis verlangen, die SS-20 abzuwracken und nicht bloß abzuziehen, falls sie dies überhaupt machten? Schließlich: Wie könnte dies verifiziert werden³⁾?

Auf der politischen Seite stellt sich heraus, daß entgegen der mit dem Doppelbeschluß verbundenen Absicht einer Stärkung der westlichen Verhandlungsposition durch ent-

³⁾ Vgl. zu diesen Fragen: William Hyland, Soviet Theatre Forces and Arms Control Policy, in: Survival, September/Okttober 1981, S. 194ff.

schiedene Bereitschaft zur Stationierung die Verhandlungsmasse nun zur Quelle von Uneinigkeit und Schwäche wird. Die Sowjets haben jetzt nur geringe Anreize zum schnellen Abschluß eines Abkommens. Alles, was sie zu tun haben — und was sie einzig tun, sind vernünftig klingende Vorschläge zu machen, um dann auf die Resonanz der Öffentlichkeit in Westeuropa zu warten und den Konflikt zwischen den „ablehnenden“ westlichen Regierungen und deren eifrigen Kritikern zu verschärfen.

Ein anderes denkbare Ereignis zur Schließung jenes Grabens wäre ein sowjetischer Schritt, der die Protestbewegung von der tatsächlichen sowjetischen Bedrohung überzeugen würde. Eine sowjetische Invasion Polens, auf allen Bildschirmen Westeuropas gezeigt, könnte die Friedensbewegung demoralisieren. Sie würde andererseits alle Chancen auf Rüstungssteuerung verbauen und damit all das neutralisieren, was an größerer Geschlossenheit des Westens durch sie erreicht werden könnte. Jedenfalls sollte man weder mit einer Rettung durch die Sowjets rechnen noch solch eine Tragödie erhoffen.

Was wird nun geschehen, wenn bis zum Zeitpunkt des Stationierungsbeginns kein Durchbruch in der Rüstungssteuerung erreicht und das Wettrüsten der Großmächte so wie heute fortgesetzt wird? Geschicktes Manövrieren innerhalb der SPD hat vielleicht die entscheidende Auseinandersetzung auf dem SPD-Parteitag vom letzten April auf 1983 verschieben und so dem Verhandlungsteil des Doppelbeschlusses noch eine Chance verschaffen können, bevor die eigentliche Stationierung der betreffenden Waffensysteme anläuft. Aber läßt sich die Begleichung der Rechnung ewig aufschieben? Eine entscheidende Kraftprobe 1983 könnte zu einem politischen Bruch führen, der die sozial-liberale Koalition entzweien und eine Koalition von CDU/CSU und FDP noch vor den Bundestagswahlen 1984 ermöglichen könnte. Alternativ hierzu könnte ein Kompromiß entstehen, um die Regierung durch die Forderung an die NATO zu retten, die Stationierung zu verschieben (sie soll Ende 1983 beginnen), insbesondere dann, wenn es noch einen Hoffnungsschimmer für die Verhandlungen geben sollte. Eine Rückkehr der CDU/CSU an die Macht noch vor der Wahl 1984 könnte theoretisch die Krise beenden. Es

besteht jedoch ein wichtiger Unterschied zur Regierungszeit Adenauers, dem es durch Beharrlichkeit gelang, die SPD seinen außenpolitischen Prioritäten — westeuropäische Integration und Beitritt zur NATO — anzunähern, und der heutigen Zeit, da die CDU selbst nicht völlig immun gegen die antinukleare Ansteking ist und der Öffentlichkeit ständig im Eintreten sowohl für Verhandlungen als auch für Stärke versichert.

Zweifellos ist es nicht in amerikanischem Interesse, den NATO-Beschluß — und implizit die Strategie und Politik der USA — weder für die SPD zur Kernfrage für die Erhaltung der Macht noch zur zentralen Frage deutscher Politik gemacht zu sehen, was geschähe, wenn die Regierungskoalition über den Beschluß stürzt oder die SPD von ihrem linken Flügel beherrscht werden würde. Die Bundesrepublik bleibt bei aller wirtschaftlichen Stärke und Stabilität ein zerbrechliches Gebilde.

Die Festigkeit des Bündnisses in Westeuropa konnte immer auf einer breiten außenpolitischen Übereinstimmung der nichtkommunistischen Parteien aufbauen. Es könnte deshalb klug für die Vereinigten Staaten sein, sich über eine Alternative Gedanken zu machen für den Fall, daß sich der Beschluß vom Dezember 1979 als undurchführbar erweisen sollte. Das Schlimmste, was passieren könnte, wäre ein Beharren der USA auf dessen Verwirklichung als Test der Bündnisloyalität, verbunden mit einem Murren über „Finnlandisierung“ und Drohungen mit einem amerikanischen Truppenabzug. Es liegt nicht in amerikanischem Interesse, die europäischen Regierungen zu Geiseln zu machen und sie zu zwingen, zwischen der NATO und innenpolitischer Unterstützung zu wählen. Denn schließlich sollten doch die Westeuropäer durch den NATO-Beschluß, der sowjetischen Stationierung der SS-20 mit in Europa stationierten Raketen zu begegnen, der amerikanischen Unterstützung versichert werden. Es gibt andere militärische Möglichkeiten, um mit der Bedrohung fertigzuwerden, und es entspricht unserem Interesse, einen Weg zu finden, der die Regierungen *und* die Öffentlichkeit zufriedenstellt und die Gefahren der Polarisierung verhindert. Natürlich könnte die Friedensbewegung mit der Zeit den Mut verlieren, nachlassen, aufgeben. Aber auch das Gegenteil kann

eintreten, und es entspricht nicht unserem Interesse, ein weiteres Anwachsen dieser Mischung aus dunkler Angst und rosigen Illusionen zu riskieren, die die jetzige Bewegung kennzeichnet.

An dieser Stelle sollten wir uns der unseligen Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und der Jahre 1954/55 erinnern. Solange noch eine Chance bestanden hatte, daß das französische Parlament die EVG passieren lassen würde, mußte die US-Regierung wohl darauf bestehen, daß es keine gute Alternative gäbe. Aber es war nicht klug von Washington, mit einer „schmerzlichen Neubewertung“ zu drohen und nicht auf einen anderen Ausweg vorbereitet zu sein. Washington konnte froh sein, daß der britische Premierminister Eden und der französische Ministerpräsident Mendès-France mit einer Alternative aufwarten konnten. Heute ist es sinnvoll, sich sofort über andere Möglichkeiten Gedanken zu machen. Es müßten die entscheidenden Ziele des NATO-Beschlusses auf eine Weise erreichbar gemacht werden, die politisch weniger kostspielig ist. Insofern wir mit der Psychologie der Perzeption mindestens ebensoviel zu tun haben wie mit militärischen Gewißheiten (die mangels Erfahrungen mit Atomkriegen nicht existieren, was das Durcheinander der Expertenmeinungen beweist), sollten wir uns nicht nur einem Lösungsweg zuwenden.

Eine Alternative sollte auf folgenden Überlegungen aufbauen: Erstens: Das Ziel des Dezember-Beschlusses von 1979 bleibt bestehen, die Sowjets von der Annahme abzuhalten, sie könnten mit ihrem neuen TNF-Potential angreifen, ohne einen amerikanischen Gegenschlag auf sowjetisches Territorium zu riskieren. Zweitens: Eine solche Verstärkung der Abschreckung ist glaubwürdiger, wenn sie sich nicht ausschließlich auf die strategischen US-Systeme stützt. Die „kalkulierte Unkalkulierbarkeit“ einer amerikanischen Reaktion, die nach McGeorge Bundy einen großen sowjetischen Angriff abschreckt, ist dann größer, wenn die USA nicht nur zwischen einem begrenzten taktischen Vergeltungsschlag und einem strategischen Erstschlag gegen die Sowjetunion wählen können. Drittens: Die Glaubwürdigkeit des Abschreckungsmittels und der defensive Zweitschlagscharakter der

Waffensysteme werden durch ihre Unverwundbarkeit verstärkt.

Obwohl die Fragen der Unverwundbarkeit und Ankopplung teilweise strittig sind, gibt es doch Wege der Verständigung. Einer bestünde in der Erhaltung einer beschränkten landgestützten Einsatzkapazität in Form einer kleinen Zahl von Marschflugkörpern (die der Pershing II vorzuziehen sind, da sie weniger verwundbar und damit eine geringere Herausforderung für einen sowjetischen Präemptivschlag darstellen), die durch seegestützte, vor den Küsten stationierte Marschflugkörper zu ergänzen wären, deren Produktion kürzlich von US-Präsident Reagan beschlossen wurde. Die Konzeption einer seegestützten Streitmacht aus Marschflugkörpern wurde 1979 von der NATO verworfen, weil die zentrale Frage die der sichtbaren Ankopplung war, die ihrerseits nur durch landgestützte Systeme zu gewährleisten ist. Obwohl eine seegestützte Streitmacht aufgrund ihres mobilen, bodenungebundenen Charakters als weniger wirksames Abschreckungsinstrument angesehen werden könnte, ließe sich jedoch auch argumentieren, daß sie wegen ihrer geringeren Verwundbarkeit andererseits effektiver abschrecke. Jedenfalls ist ein Abschreckungsmittel mit geringer Akzeptanz weniger wirksam als eines, das keine polarisierenden Kontroversen auslöst und die Kritiker in absolute und absurde Positionen hineintreibt.

Vorstellbar wäre ein Abkommen ausschließlich zur Begrenzung der LRTNF, in dem sich die Sowjets zu einer Beendigung der Stationierung oder gar zu einer Reduktion ihrer Raketen bereit erklären würden zugunsten einer begrenzten Stationierung von NATO-Systemen der vorgesehenen Art. Andererseits könnte ein Scheitern der TNF-Verhandlungen auf der Grundlage des NATO-Beschlusses zum Anlaß genommen werden, diesen durch einen neuen zu ersetzen. Diese Alternative könnte in der Mischung von stationierten LRTNF bestehen, die für die Öffentlichkeit annehmbarer ist, und einer Verringerung des NATO-Arsenals an Atomwaffen kurzer Reichweite, das gegenwärtig für Abschreckungszwecke zu groß und für eine Krisenstabilisierung zu nahe am potentiellen Gefechtsfeld stationiert ist und das, sollte es zur Kriegführung eingesetzt werden, Europa zerstören würde,

ohne überhaupt eine erfolgreiche Verteidigung sichern zu können.

Eine letzte Option wäre natürlich, eine TNF-Verstärkung überhaupt aufzugeben. Zwei Pläne dieser Art sind vorgeschlagen worden, und beide sind nicht wünschenswert. Der eine stützt sich auf die luftgestützten Marschflugkörper der USA (ALCM = Air Launched Cruise Missile) und folgt derjenigen Abschreckungstheorie, die die „kalkulierte Unkalkulierbarkeit“ für wichtiger hält als der anderen Seite exakt entsprechendes Drohpotential oder ein „lückenloses Netz“ der Abschreckung entgegenzustellen⁴⁾. Es trifft natürlich zu, daß unser Gesamtkonzept der Abschreckung von unserer eigenen Einschätzung der Bündnisnotwendigkeiten ausgehen sollte und nicht von der Vorstellung, jedem einzelnen sowjetischen Potential mit einem genau entsprechenden eigenen Potential entgegenzutreten, aber eine der Notwendigkeiten ist die Gewährleistung einer *glaubwürdigen Ankopplung*. Das Problem besteht nicht darin, daß die strategischen Streitkräfte der USA die neuen sowjetischen Raketen nicht angemessen abschrecken könnten, sondern es ist das Statio-

VI.

Aus der Geschichte des NATO-Beschlusses vom Dezember 1979 sind drei Lehren zu ziehen. Die eine betrifft die wichtigen Entscheidungen der NATO insgesamt: Sie tendieren dahin, zu sehr von jeweils augenblicklichen Zeitumständen und kurzfristigen Überlegungen geprägt zu sein und sich damit vom politischen Klima des Augenblicks abhängig zu machen. Die Parallele zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft soll hier nochmals betont werden. Die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik war eine langfristige Notwendigkeit, aber die Hast, mit der sie, und die Art, wie sie vorangetrieben wurde, kann nur mit dem Schock des Korea-Kriegs erklärt werden. Ein Vertrag zur Wiederbewaffnung, in der düsteren Phase des Spätstalinismus ausgearbeitet, sah dann nach dem Tod des Diktators, als man einem möglichen Tauwetter entgegenschah, ein ganzes Stück anders aus.

⁴⁾ McGeorge Bundy, *Instead of Missiles*, in: *The New York Times*, 21. Mai 1981.

nierungsgebiet der eigenen Raketen, was aus europäischer Sicht zählt. Die Lösung hierfür — weniger schwer als die Quadratur des Kreises — besteht in einem Stationierungsraum, der die Europäer mehr beruhigt und unterstützt und ihnen weniger bedrohlich erscheint.

Der zweite Plan fordert, alle Anstrengungen der NATO in die konventionelle Aufrüstung zu stecken. Ein besseres konventionelles Gleichgewicht ist zwar unverzichtbar, aber kein Allheilmittel. Politisch wäre eine Zustimmung der europäischen Verbündeten, den größten Teil der Finanzlasten selbst zu tragen (anders als beim Beschluß vom Dezember 1979), nur sehr schwer zu erreichen. Darüber hinaus stieße diese Konzeption als abkoppelnde Maßnahme wie immer in der Vergangenheit auf Widerstand. Und militärisch stellt sie vielleicht noch nicht einmal eine wirkliche Option dar, es sei denn, alle Atomwaffen würden aus Westeuropa abgezogen werden (was viele der heutigen Befürworter eines Abbaus von Atomwaffen dann als Beweis eines Aufgebens Europas durch die USA brandmarken würden).

In unserem Fall hier ging es wiederum um berechnete langfristige Sorgen, die aus der sowjetischen Aufrüstung in Europa erwachsen. In der Art und Weise jedoch, in der der Beschluß gefaßt wurde, schlugen sich zwei kurzfristige Überlegungen nieder. Die eine war die amerikanische Versicherung an die Westeuropäer, der SALT-II-Vertrag werde kein „eurostrategisches Ungleichgewicht“ schaffen oder vielmehr zurücklassen, obwohl bereits Ende der siebziger Jahre klar war, daß die Entwicklung der amerikanischen Nuklearprogramme, vor allem die der Marschflugkörper, wahrscheinlich das atomare Gleichgewicht gegen Ende der achtziger Jahre zugunsten der USA verschieben und die Unterscheidung zwischen strategischen und regionalen Systemen verwischen würde.

Die zweite Überlegung bestand in der Demonstration der amerikanischen Führungskraft, um eine Wiederholung des Neutronenwaffen-Fiaskos zu verhindern, im Verlauf dessen die

Regierung Carter ihre Entscheidung zur Produktion und Stationierung der Neutronenwaffe zurücknahm und damit europäische Regierungen in Verlegenheit brachte, die den ursprünglichen Beschluß unterstützen wollten.

Vor allem aber verschwand der politische Kontext des Beschlusses vom Dezember 1979 fast unmittelbar nach dessen Verabschiedung. Insoweit er ein Instrument für Verhandlungen nach SALT darstellte, ging man sowohl von der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags als auch von einer Fortsetzung dessen aus, was von der sowjetisch-amerikanischen Entspannung übriggeblieben war (die ein Ausloten von Bereichen für Rüstungskontrolle war). Als jedoch Bundeskanzler Schmidt im Juni 1979 zur Unterstützung der Ratifizierung von SALT II in die USA kam, hat er wohl den wachsenden Widerstand gegen den Vertrag gespürt, und seine Unterstützung für den sich abzeichnenden NATO-Beschluß hat danach wahrscheinlich etwas nachgelassen. Der Zug war allerdings abgefahren und entwickelte sich zu einer Höllenmaschine. Paradoxe Weise wurde der Beschluß, der sowjetischen Schritten entgegenwirken sollte, nach der Intervention in Afghanistan nicht annehmbarer, sondern weniger akzeptabel. Das Militärprogramm, das auf die Wiederherstellung des Kräftegleichgewichts in einem Entspannungsklima zielte, stellte sich als ein weiterer Schritt hin auf Armageddon im Zeitalter des Kalten Kriegs heraus.

Die zweite Lektion betrifft die USA. Ihr politischer Stil und Ton sind ebenso wichtig wie ihre tatsächliche Politik. Unsere Führung muß den Unterschied zwischen Wiederherstellung amerikanischer Stärke und kriegerischem Auftreten erkennen lernen, zwischen Erweiterung des Schutzes unserer Freunde und Machtübernahme, zwischen Verbreitung von Illusionen über Rüstungssteuerung und scheinbarer Absage an Rüstungssteuerung überhaupt, zwischen Unterstützung verbündeter Regierungen bei deren Überwindung innenpolitischer Opposition, indem man alles unterläßt, was Mißtrauen und Vorurteile der Demonstranten verstärken könnte, und einer Verschärfung der amerikanisch-europäischen Spannungen, indem man unbeugsam *ad infinitum* das logische Kalkül des Beschlusses von 1979 wiederholt und die Friedensbewegung

direkt verurteilt (das sollte man den europäischen Regierungen überlassen). Zwei Dinge sind hierbei zu berücksichtigen. Das eine ist ein größeres Feingefühl für die europäische Kriegsangst. Sie ist nicht gleichzustellen — und sollte nicht gleichgestellt werden — mit einer Sympathie für Moskau. Unter den Demonstranten sind die Anhänger Moskaus eine Minderheit. Für ein Amerika jedoch, das die Welt in Kategorien eines bipolaren Wettstreits sieht, ist es schwer zu verstehen, daß die Ernüchterung der europäischen Jugend und Intellektuellen über Moskau diese paradoxerweise fordernder und nicht weniger fordernd den USA gegenüber macht (sie fühlen sich weder verantwortlich für den Angriff auf Afghanistan noch von ihm überrascht, aber als Verbündete der USA fühlten sie sich vom Schicksal Vietnams betroffen und waren deshalb gleichzeitig selbstgerecht und in der Revolte). Demnach ist die europäische Kriegsangst kein Wunsch nach Appeasement und keine feige Ablehnung von Verteidigung und sollte auch damit nicht gleichgesetzt werden. In ihr drückt sich vielmehr eine völlig verständliche Entschlossenheit aus, auf der einzig vernünftigen Seite der großen, vielleicht verblassenden Trennlinie zu stehen, die Abschreckung von Krieg trennt — nämlich auf der Seite von Abrüstung und Rüstungskontrolle. Es stimmt selbstverständlich, daß es in der Geschichte einige schlimmere Dinge als Krieg gegeben hat. Aber die USA waren in den dreißiger Jahren gegenüber der Appeasement-Politik nicht immuner als Großbritannien oder Frankreich. Und es ist einfacher, andere an die Vorzüge des Krieges zu erinnern oder sich Szenarien des Atomkriegs in kalter Pseudorationalität auszudenken, wenn das eigene Land nie besetzt oder verwüstet wurde, oder wenn man ein gutes Gewissen hat, anderen Menschen niemals um einer schlechten Sache willen böswillige Vernichtung gebracht zu haben, wie es viele Deutsche ihrer nicht allzufernen Vergangenheit gegenüber schuldbehaftet fühlen.

So besteht auf der amerikanischen Seite des Atlantiks oft ein Mangel an Vorstellungskraft und Empathie. Das subtile verborgene Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Westeuropäern, Osteuropäern und den Sowjets durch kriegsbedingte Traumata ist eine Tatsache, die

die Sowjets mit Geschick auszunutzen verstehen. Wir müssen uns dessen bewußt sein und entsprechend vorsichtig verfahren. In den USA könnte eine glatte Sprache ohne Kanten der einzige Weg zur Ermöglichung einer neuen Politik sein, denn der Unterschied zwischen offizieller Wortwahl (von jeder US-Regierung neu gefunden) und den Realitäten (wo Kontinuitäten bestimmend sind) ist oftmals groß. Andere jedoch beurteilen uns nach unserer Wortwahl und interpretieren harmlose Maßnahmen oder zweideutige Erklärungen im Licht unseres rethorischen Gehabes. Vielen Europäern scheinen die Entscheidung US-Präsident Reagans zur Produktion der Neutronenwaffe und seine Bemerkungen aus dem Handgelenk über die Möglichkeit der Begrenzung eines atomaren Schlagabtauschs auf Europa Teil eines Plans zu sein. Wenn heute viele derer, die einst die Nachricht von der Verwundbarkeit der USA und ihrer Schwäche hinausposaunten, die Muskeln spielen lassen und einen High Noon erwarten, dann muß die westeuropäische Öffentlichkeit, die sowohl einen verlässlichen amerikanischen Schutz als auch eine Zusicherung des Friedens braucht, notwendigerweise konfus und ängstlich werden.

Eine langfristige Politik gegenüber der UdSSR ist ebenfalls notwendig. Selbst diejenigen Europäer, die angesichts der Unfähigkeit der Carter-Regierung eine kohärente politische Strategie gegenüber Moskau zu entwickeln am unnachsichtigsten waren und die die Entscheidung der jetzigen US-Regierung zur Stärkung der amerikanischen Verteidigung unterstützen, machen sich über neue innere Widersprüche und fragwürdige neue Trends Sorgen. Sie sehen eine US-Regierung, die sie zur Übernahme von Risiken drängt und sie wegen ihres Zögerns und ihrer Wirtschaftsbeziehungen mit Moskau kritisiert, das amerikanische Getreideembargo aber aufhebt und es für politisch angebracht hält, die MX-Rakete in bereits existierenden Silos zu stationieren, wie verwundbar diese auch sein mögen. Die Europäer sympathisieren oft mit Washingtons Entschlossenheit, die Kosten für sowjetische oder sowjetisch unterstützte Einmischungen in internationale Angelegenheiten in Lateinamerika oder Afrika zu erhöhen und die Ölfelder des Nahen Ostens zu schützen. Sie sind jedoch

wegen der Neigung der Amerikaner besorgt, der sowjetischen Bedrohung überall Priorität einzuräumen und genau das gleiche auch von anderen zu erwarten, selbst angesichts drängender regionaler Bedrohungen oder interner Bedrängnisse. Sie sorgen sich um die offensichtliche Annahme der US-Regierung, ein Dialog mit Moskau sei unmöglich, es sei denn, die Sowjets akzeptierten die amerikanischen Vorstellungen von Zurückhaltung oder — in strategischen Fragen — von einschneidenden Rüstungskürzungen. Sie machen sich Sorgen um eine in ihren Augen vorhandene amerikanische Sehnsucht nach den fünfziger Jahren, nach der Ära amerikanischer atomarer Überlegenheit, einer relativ ruhigen Dritten Welt und der unangefochtenen Führung eines Bündnisses von Ungleichen.

Die westeuropäischen Führungen müssen ihren Völkern klarere Perspektiven anbieten können als unbeschränkte Eindämmungspolitik und wiederholte politische Zusammenstöße. Sie fürchten, daß eine Kombination aus tiefem Mißtrauen über sowjetische Maßnahmen und Absichten, der Erwartung von großen Unannehmlichkeiten und dem Mangel an jeder Art von Politik, die über rein militärisches hinausgeht, die Prophezeiung einer Konfrontation einer gefährlichen Selbsterfüllung entgegenreiben lassen könnte.

Die dritte Lektion betrifft Westeuropa. Die Reaktionen der Friedensbewegung zeigen mehr als eine berechtigte Kriegsangst, mehr als eine idealistische Forderung nach einer Zukunft, die Raum läßt für Hoffnung und Fortschritt. In ihnen schwingt auch der hohe Preis von 35 Jahren Abhängigkeit mit. Westeuropa ist die Bratpfanne auf einem Herd, der von anderen bedient und kontrolliert wird. Unverantwortlichkeit und Vorurteile sind die unausweichlichen Resultate. Staaten, die sich in ihrer Verteidigung und folglich in vielen Bereichen ihrer Außenpolitik auf andere stützen müssen, neigen oftmals zu einer Wendung nach innen und überlassen anderen die Verantwortung — und Schuld — für schwierige Entscheidungen. Seit Jahren schon erklären die Architekten der Europäischen Gemeinschaft, indem sie aus der Not eine Tugend zu machen versuchen, daß ihre neue Gemeinschaft ihrer Natur nach „zivil“ sei und Machtpolitik ablehnen werde.

um auf diese Weise ein Modell für andere Staaten sein zu können. Verteidigungsfragen wurden der NATO überlassen, in der die wichtigsten Entscheidungen einseitig von den USA oder gemeinsam auf amerikanische Initiative hin getroffen werden. Im Ergebnis hatte Europa den schlechteren Teil beider Welten: die Versuche einer neuen gemeinschaftlichen politischen Einheit ohne Kontrolle des einen Problems, das im Zentrum von Souveränität und Macht steht.

Nicht zufällig ist Frankreich das einzige Land, in dem die Friedensbewegung nur schwach ist, in dem die Gegner der Kernenergie z. B. nicht gegen die französische Nuklearstreitmacht zu sein scheinen, und in dem seit de Gaulle die französische Regierung für die Verteidigung Frankreichs einschließlich der Nuklearbewaffnung verantwortlich zeichnet. In Frankreich haben sich während der letzten 20 Jahre Optimisten und Utopisten, z. B. in der Sozialistischen Partei, von einer Opposition gegen die französische Verteidigungspolitik hin zur Übernahme der Verantwortung entwickelt. Frankreich ist allerdings kein Beispiel für andere NATO-Staaten. Entweder sind diese zu schwach oder — Beispiel Bundesrepublik — der politische Preis für eine Suche nach Autonomie wäre innen- wie außenpolitisch zu hoch. Aber dieser Mangel an nationaler Autonomie fördert die Neigung zu Wunschdenken und romantischem Widerstand. Zu lange hat der westeuropäische Verzicht auf eine eigenständige Politik amerikanische Tendenzen zu einseitigen Handlungen bestärkt, und dies wiederum hat die westeuropäische Unzufriedenheit genährt. Viele Amerikaner haben bereits ihren Verbündeten vorgeworfen, sie versuchten sie in eine aussichtslose Rüstungskontroll-Scharade hineinzuziehen. Einige zornige und durchaus repräsentative Stimmen in den USA ziehen Vergleiche zwischen dem Geist von München und den neuen Protesten oder dem Versagen einiger Regierungen bei der Durchsetzung des ursprünglichen Beschlusses, und sie drohen, Westeuropa sich selbst zu überlassen. Auf der anderen Seite gibt es in Europa ebenfalls verärgerte und nicht unrepräsentative Stimmen wie Heinrich Albertz in Berlin und Erhard Eppler, die eine Situation beendet sehen wollen, die Deutschland zum Zielgebiet der Großmächte und die

Westeuropäer zu Bauern auf deren Schachbrett macht.

Die Abhängigkeit der NATO-Verbündeten der USA schadet nicht nur den amerikanisch-europäischen Beziehungen, sondern sie ist darüber hinaus ein Faktor innereuropäischer Uneinigkeit. Gestern noch war die Bundesrepublik über die Entscheidung des gaullistischen Frankreich verärgert, die NATO zu verlassen und eine Strategie zu verfolgen, in der die Bundesrepublik im wesentlichen zum Glacis für den französischen Schutz gemacht wurde, auf das französische Atomartillerie fiel, und nicht zum Partner der Vorverteidigung. Heute sind es die Franzosen, die die Proteste in der Bundesrepublik nicht nur mit einer gewissen Herablassung als eine direkte Folge jener Abhängigkeit sehen, sondern die erneut den Verdacht haben, die Protestbewegung werde von dem Wunsch nach Wiedervereinigung in Neutralität geleitet, die der Sowjetunion zugute käme und das Bündnis unterminieren würde, ein Verdacht, den bereits der französische Präsident Pompidou angesichts der Ostpolitik Brandts gehabt zu haben schien. Sicherlich ist die Abhängigkeit von der Präsenz amerikanischer konventioneller Truppen und der Nukleargarantie der USA eine feststehende Tatsache westeuropäischen Lebens; die US-Truppen verleihen der Garantie Glaubwürdigkeit, und die Garantie ist das grundlegende Instrument der Abschreckung. Gleichwohl müssen Wege gefunden werden, um die politischen Kosten der unausweichlichen geographischen und militärischen Unterlegenheit Westeuropas zu verringern, eine Schwäche, die durch die gegenwärtige Bündnisstruktur übertrieben wird. Dies muß drei Änderungen der Politik innerhalb der NATO zur Folge haben.

Erstens ist es entgegen der eigenen Zurückhaltung Westeuropas notwendig, daß es umfassender und weit gleichberechtigter an den wichtigen militärischen Entscheidungen beteiligt wird, nicht nur an Stationierungsbeschlüssen, sondern auch an Entscheidungen über Strategie und Taktik sowie den möglichen Einsatz von Kernwaffen. Der Beschluß vom Dezember 1979 zeigt, wie bereits gesagt, die Bereitschaft der USA, die Risiken ihrer Verbündeten mitzutragen. Aber solange die letztendliche Entscheidung über den Einsatz

oder Nichteinsatz dieser Waffensysteme einzig bei den USA liegt, solange werden ihre Verbündeten fürchten, das Risiko im Augenblick der Wahrheit allein tragen zu müssen.

Zweitens dürfen selbst die wichtigsten militärischen Entscheidungen nur Teil einer übergreifenden Politik gegenüber der Sowjetunion sein. Das Verteidigungskonzept dient als Plattform, auf die sich eine weitergreifende Politik gründen kann, und die Militärdoktrin zielt auf die Bewältigung hypothetischer Worst-Case-Szenarien. Die Politik insgesamt jedoch, die dazu dienen muß, den schlimmsten denkbaren Fall durch politische und militärische Mittel unwahrscheinlich zu machen, darf nicht länger in Washington allein beschlossen werden. Es ist genau die oben erwähnte Divergenz in den Konzeptionen, die den Versuch eines Ausgleichs zur einzig vernünftigen Alternative gegenüber wachsenden Meinungsunterschieden oder einer Folge von Ad-hoc-Lösungen und -Kompromissen macht, welche die Differenzen nur weiterbestehen ließen.

Drittens sollten westlicherseits Rüstungskontroll-Verhandlungen über TNF in Europa entsprechend den Verhandlungen über eine beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierung nicht allein von den USA, sondern von den Vereinigten Staaten *und* ihren militärischen Verbündeten geführt werden. Andererseits ist es für die Westeuropäer an der Zeit darüber nachzudenken, ob nicht Möglichkeiten zu einem — zumindest graduellen — Aufbau einer europäischen Verteidigungsorganisation bestünden, da das überragende Gewicht der USA in der NATO wahrscheinlich als Quelle von Spannungen bestehenbleiben wird. Eine solche Organisation würde die Franzosen einschließen müssen und hätte in einer ersten Phase sowohl die Kooperation bei der Modernisierung der konventionellen Streitkräfte als auch die nukleare Koordination zwischen Frankreich und Großbritannien zu fördern.

Die Aussichten sowohl auf eine zunehmende Verlagerung amerikanischer Ressourcen aus Westeuropa in andere Teile der Welt, die die Westeuropäer als außerhalb der Verantwortung der NATO liegend betrachten, als auch auf eine amerikanische Unzufriedenheit mit der anscheinenden Verschleppungstaktik

Westeuropas innerhalb der NATO und mit der Notwendigkeit, die politische Kooperation Europas durch eine militärische Zusammenarbeit zu stützen, genügen bereits zur Rechtfertigung einer solchen Unternehmung. Falls sie wachsen und sich entwickeln und zu einem zufriedenstellenden Prozeß kollektiver Entscheidungsfindung führen sollte, wäre sogar eine gemeinsame Anstrengung aller oder einiger Beteiligter vorstellbar, TNF in Europa herzustellen (die Franzosen planen bereits Mittelstreckensysteme und sind in der Lage, die Neutronenwaffe zu bauen) und möglicherweise gemeinsam amerikanische TNF zu beschaffen, die dann aus amerikanischem oder NATO-Oberbefehl auf ein europäisches Kommando übergangen. Dies würde selbstverständlich die Errichtung eines europäischen Verteidigungsdirektoriums notwendig machen, das einen unabhängigen Zugang der Bundesrepublik Deutschland zu Kernwaffen oder zur Produktion und zum Besitz solcher Waffen unmöglich machen würde, eine westdeutsche Beteiligung an Entscheidungen über deren Einsatz, gemeinsame Produktion und gemeinsamen Besitz jedoch offenließe. Wir sind heute allerdings offensichtlich sehr weit von derartigen Möglichkeiten entfernt. Bis jetzt zogen es die Westeuropäer vor, den USA die wichtigsten Entscheidungen zu überlassen und sie wegen ihrer Fehler oder Konfusion zu kritisieren. Eine spezielle westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft wirft drei wesentliche Probleme auf, die in der Vergangenheit unlösbar waren: das Risiko, Washington einen Grund für eine Verringerung des US-Engagements in Westeuropa zu liefern (z. B. durch Truppenabzug); die Probleme in Zusammenhang mit einer Beteiligung der Bundesrepublik an einer europäischen Nuklearstreitmacht; schließlich die Disparität zwischen gemeinsamer Verteidigung und der sehr lockeren Integration der Innen- und Außenpolitik innerhalb der EG.

Das erste Problem könnte in Zukunft eine ganz andere Wendung erfahren. Eine beiderseitige Verbitterung im bestehenden Rahmen der NATO könnte selbst die größte Gefahr für die fortdauernde amerikanische Verpflichtung in Europa darstellen; die beiden anderen Probleme jedoch bleiben bestehen. Die deutsche Frage sollte allerdings in richtiger Per-

spektive gesehen werden: Ist nicht eine Bundesrepublik Deutschland mit wachsenden militärischen Aufgaben, die innerhalb einer europäischen Organisation ausgeübt und in sie eingebunden wären, einer durch Neutralismus und Nationalismus versuchten Bundesrepublik vorzuziehen? Würde eine derartige Entwicklung im letzten Fünftel dieses Jahrhunderts wirklich von der Sowjetunion als eine echte Bedrohung angesehen werden angesichts der Nichtexistenz jedweden westdeutschen Revanchismus und der Restriktionen, die die militärische Souveränität Bonns weiterhin beschränken würden? Und müssen sich, was die Diskrepanz der Funktionen angeht, alle Bereiche im gleichen Rhythmus entwickeln?

Die Gründe, in diese neue Richtung voranzugehen, sind angesichts der Alternativen zwingend. Und doch: Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß sie eingeschlagen werden wird. Teils wegen der Überbeanspruchung jedes europäischen Staates durch wirtschaftliche und soziale Probleme; teils wegen des nicht vorhandenen größeren Ehrgeizes in Europa, kombiniert mit dem Fortdauern getrennter außenpolitischer Interessen und nationaler Perspektiven; teils wegen des beachtlichen Gewichts bestehender Verhaltensmuster und Gebräu-

che sowohl in der militärischen Organisation der NATO als auch in Frankreich, wo es selbstzufrieden für die Vorteile eingesetzt wird, die einer Kombination aus Autonomie und Kooperation mit der NATO entspringen. Simples sorgenfreies Sich-Verlassen ist jedenfalls keine Möglichkeit mehr (war es übrigens je sorgenfrei?). Ein zweifelnd-beunruhigtes Sich-Verlassen mit einer wachsenden Anziehungskraft eines neutralistisch-pazifistischen Gemischs wird das wahrscheinlichste Ergebnis all diesen sein, falls die USA nicht wesentlich mehr Finesse als in den letzten Jahren zeigen werden. Auf keinen Fall stehen wir vor einem guten Ergebnis.

Selbstverständlich gehen diese Betrachtungen weit über den Problemkomplex TNF hinaus. Aber die Reaktionen in Westeuropas auf diese Probleme und das bisherige Unverständnis auf der anderen Seite des Atlantiks machen deutlich, daß eine Lösung von Fortschritten auf den eben angesprochenen Gebieten abhängen wird oder — sollte der Beschluß vom Dezember 1979 nicht wunderbarerweise auf eine Art verwirklicht werden, die allen Verbündeten entgegenkäme — die fundamentalen Probleme blieben unerledigt zurück, um später neue Krisen zu provozieren.

Gebhard Schweigler: Europa, Amerika und die Entspannung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/82, S. 3—14

Voraussetzung des Ende der sechziger Jahre von Kissinger entworfenen Entspannungskonzeptes war, daß dieser Prozeß ohne stärkere innenpolitische Belastung in den USA vor sich gehen würde. Da auch die Entspannungspolitik der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion als Fortsetzung der Eindämmungspolitik mit anderen Mitteln gesehen wurde, entstanden zunächst keine Probleme. Zum einen sollte der Einfluß der UdSSR in empfindlichen Regionen minimiert (z. B. Chile, Nahost), zum anderen Wohlverhalten im eigenen Interesse durch die „linkage“-Politik erreicht werden.

Doch ab Mitte der siebziger Jahre entstand in den USA der Eindruck, daß sich dieses Konzept global nicht in der gewünschten Weise bewährte; dies führte zu erheblichen inneren Auseinandersetzungen.

Die Europäer, die den Wert der Entspannung eher regional einschätzten, für die es primär darum ging, mit diesem Mittel Krisen von Europa abzuwenden, hielten an den Entspannungsbemühungen fest, zumal in ihrer Perzeption die Krisen nicht zwingend in eine globale sowjetische Bedrohung eingeordnet werden konnten, sondern spezifische Faktoren des jeweiligen Krisengebietes wesentlichen Einfluß hatten.

Für die USA mußte so im Kontext eines inneren Meinungsklimas, das die Vereinigten Staaten als „politischen Schwächling“ international „herumgestoßen“ sah, die Einführung von Sanktionen gegenüber der Sowjetunion zwingend erscheinen, um die Glaubwürdigkeit amerikanischer Warnungen zu wahren. Dem Widerstand der Europäer und ihrem Willen (insbesondere der Bundesrepublik), eine Politik der kleinen Schritte fortzuführen, was die amerikanischen Bemühungen zur Eindämmung der Sowjetunion unterlaufen würde, stellen die USA die „Eindämmung der Entspannung“ entgegen; eine Politik der großen Schritte soll entweder erhebliche und sichtbare Erfolge hinsichtlich eines sowjetischen Wohlverhaltens, zumindest aber eine militärische Schwächung der UdSSR herbeiführen und bestimmte, kurzfristige amerikanische Interessen durchsetzbar machen. In diesen Zusammenhang ordnen sich sowohl die START-Initiative (Strategic Arms Reduction Talks), der Vorschlag einer Null-Option bei den Genfer Verhandlungen über eurostrategische Waffensysteme, aber auch die in Europa kritisierte Sanktionspolitik im Osthandel ein.

Stanley Hoffmann: Kernwaffen und NATO. Zwischen Einsicht und Unvernunft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/82, S. 15—29

Konflikte im NATO-Bündnis haben von jeher ihren Ursprung entweder in der sicherheitspolitischen Abhängigkeit Westeuropas von den USA oder in den unterschiedlichen Sichtweisen der Weltpolitik auf beiden Seiten des Atlantiks. Die aktuelle Kontroverse über Mittelstreckenwaffen beruht auf der zweiten Kategorie von Ursachen.

Einerseits sind in Europa Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Sicherheitsgarantie der USA aufgekommen, andererseits aber ist die Beurteilung der Sowjetunion in Westeuropa seit Beginn der Entspannungspolitik weniger von Feindbildern bestimmt. Zugleich hat für große Teile der Jugend in Europa das „Modell Amerika“ keine Zugkraft mehr. Im Gegenteil stellt sich für sie die Politik der USA eher negativ dar und wird zum Teil als sicherheitsgefährdend angesehen. In den Vereinigten Staaten herrscht hingegen das Gefühl vor, in der Welt „herumgestoßen“ zu werden; dadurch wird das Verlangen ausgelöst, amerikanische Macht wiederherzustellen.

Die heutige Debatte in Europa über den Nachrüstungsbeschluß ist Ausdruck der Furcht, zum künftigen Kriegsschauplatz zu werden. Die häufige Betonung des Machtverfalls der USA durch amerikanische Politiker hat in Europa zunehmend Früchte getragen, wozu in jüngster Zeit die Sorge getreten ist, daß die strategischen Maßnahmen der Vereinigten Staaten der letzten Jahre einen Erstschatz der Sowjetunion heraufbeschwören könnten.

Das zentrale Problem der Mittelstreckwaffen-Diskussion liegt dabei im Verhältnis der europäischen Regierungen zu ihrer Öffentlichkeit und nicht in ihrer Bündnistreue. Es kann daher nicht im Sinne der USA sein, durch Beharren auf der Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern den westeuropäischen Regierungen, insbesondere der Bundesregierung, die innenpolitische Legitimität zu entziehen. Statt dessen sollten bis 1983 Alternativen erarbeitet werden.

In der Zukunft müßte die NATO darauf achten, daß ihre Entscheidungen nicht überwiegend von aktuellen, kurzfristigen Gesichtspunkten (z. B. SALT II) dominiert werden. Für die USA ist es im Umgang mit den Europäern wichtig, mehr Feingefühl für die westeuropäische Kriegsangst zu entwickeln. Die Westeuropäer sollten sich hingegen um Ansätze für den Aufbau einer europäischen Verteidigungsorganisation im Rahmen der NATO bemühen, um das strukturelle Ungleichgewicht zwischen den NATO-Partnern auszugleichen, denn bis dato hat Europa durch seinen Verzicht auf eine eigenständige Rolle amerikanische Tendenzen zu einseitigen Handlungen bestärkt.